

Un seul monde Un solo mondo Eine Welt



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA

NR. 2 / JUNI 2009
DAS DEZA-MAGAZIN
FÜR ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT
www.deza.admin.ch



**Westafrika: Riesiges Potenzial,
radikale Anpassungsfähigkeit**

**Bangladesch: Boomende
Textilbranche, umworbene
Näherinnen, anziehende Städte**

**Konzentration der Entwicklungszusammenarbeit:
Grössere Programme, vielfältigere Risiken**

DOSSIER



WESTAFRIKA

Westafrikas Alltag zwischen radikaler Anpassungsfähigkeit und riesigem Potenzial

Westafrikas Bevölkerung zeichnet sich durch extrem hohe Mobilität aus – das verändert auch die ländliche Welt stark

6

Bildung, die die Sprache der Menschen spricht

Die Schweiz trägt mit neuen Ansätzen zur Verbesserung der Schulbildung bei

12

«Die Amerikaner sind nicht wettbewerbsfähiger als wir»

Ndiogou Fall, Vorsitzender des Netzwerks westafrikanischer Bauern und Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte, im Interview

14

Vernetzt entwickeln

In Kuba zeigt das kleine Projekt der «Häuser für lokale Entwicklung» grosse Wirkung

24

FORUM



Konzentration – keine Garantie für bessere Wirkung

Über die Notwendigkeit und Risiken der Konzentration in der Entwicklungszusammenarbeit

26

Falsch verstandene industrielle Entwicklung

Der südafrikanische Schriftsteller Zakes Mda über die Entwicklungsstrategie seines Heimatlandes

29

HORIZONTE



Bangladeschs Näherinnen: Mal stolz, mal ausgebeutet, mal anerkannt

Tausende Frauen suchen Arbeit in einer Fabrik, andere haben das Glück, ohne Druck in ihren Dörfern arbeiten zu können

16

Ein Traum auf drei Rädern

Hana Shams Ahmed über den Alltag des Rickscha-Fahrers Shagor

20

DEZA

Wir reiben uns die Augen...

Martin Dahinden, Direktor der DEZA, über die Finanzkrise und deren Auswirkungen auf Entwicklungsländer

21

Afghanische Polizistinnen im Dienste der Frauen

Ein Programm zur Gleichstellung der Frauen in der Polizei soll die häusliche Gewalt in Afghanistan verringern

22

KULTUR



«Wer nichts ändern will, will auch keine Entwicklung»

Siri Tellier, Direktorin des Genfer Büros des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, im Interview

30

Editorial	3
Periskop	4
Einblick DEZA	25
Was eigentlich ist... Korruption?	25
Service	33
Impressum	35

Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA), die Agentur der internationalen Zusammenarbeit im Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), ist Herausgeberin von «Eine Welt». Die Zeitschrift ist aber keine offizielle Publikation im engeren Sinn; in ihr sollen auch andere Meinungen zu Wort kommen; deshalb geben nicht alle Beiträge unbedingt den Standpunkt der DEZA und der Bundesbehörden wieder.

Entwickeln heisst verändern

Veränderungen machen Angst: Wenn sich Naturkatastrophen häufen und der Zusammenbruch ganzer Ökosysteme droht. Wenn ländliche Gebiete aufgegeben werden und Städte wegen der Zuwanderung von Millionen Menschen aus allen Nähten platzen. Wenn die Zahl der Arbeitslosen wächst und die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander driftet.

Solche Veränderungen stellen uns vor riesige Herausforderungen. Wie wir damit umgehen und was für Lösungen wir finden, ist für die Entwicklungszusammenarbeit von entscheidender Bedeutung. Je nach Kultur begegnen die Menschen diesem Wandel und seinen Herausforderungen sehr unterschiedlich.

Dafür gibt es im vorliegenden Heft gleich mehrere Beispiele. So haben in Westafrika friedfertige Konfliktlösungen eine lange Tradition. Diese haben bis heute in der sogenannten «Scherzvetternwirtschaft» überlebt. Dabei werden Streitigkeiten unter Nachbarn, die oft Verwandte, also «Vettern» sind, mit Hilfe von Humor beigelegt: Gemeinsames Scherzen ermöglicht den Austausch und die gegenseitige Akzeptanz von bitteren Wahrheiten. «Dieser kodifizierte Einsatz von Humor», erklärt der ehemalige Gouverneur von Dakar und Schriftsteller Saliou Sambou, «mit dem sich viele Konflikte vermeiden oder lösen lassen, ist mehr als blosser Zeitvertreib und dient dazu, nach festgelegten Regeln und Ritualen den Frieden zwischen Familien und Völkern zu erhalten.» Trotz grosser Probleme – von Dürrekatastrophen über die weltweit grösste Abwanderung in Städte bis zu politischer und sozialer Instabilität – überrascht Westafrika immer wieder mit

erstaunlicher Wandlungs- und Entwicklungsfähigkeit. Mehr dazu im Dossier (ab Seite 8), welches Westafrika gewidmet ist.

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung von Kultur in der Entwicklung ist die Geschichte der 38jährigen Näherin Rekha (ab Seite 16): Als in den 1990er Jahren die Textilindustrie in Bangladesch boomte und Fabriken wie Pilze aus dem Boden schossen, fanden dort viele Frauen Arbeit. Dies bedeutete für sie nicht nur Zugang zum Arbeitsmarkt, sondern vor allem auch gesellschaftliche Anerkennung. Heute ist Rekha stolz darauf, ihren Beitrag zum Familieneinkommen zu leisten – und durch ihre Arbeit auch Unabhängigkeit erlangt zu haben. Ein Erfolg, der in engem Zusammenhang mit der lokalen Kultur, in der diese Frauen leben, zu verstehen ist.

Der jüngste Weltbevölkerungsbericht, der vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA herausgegeben wird, fordert denn auch einen stärkeren Fokus auf kultursensible Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit. Siri Tellier, die das Genfer Büro des UNFPA leitet, stellt klar, dass Entwicklung nicht beim Bau von Brücken und Elektrizitätswerken endet, sondern auch eine Veränderung des Denkens und des menschlichen Verhaltens voraussetzt. Dass dies nicht ganz einfach ist, weiss sie aus Erfahrung. Doch im Interview (ab Seite 30) wird sie deutlich: «Wer nichts ändern will, will auch keine Entwicklung.»

Die Redaktion



Martin Roemer/af

Reiskammer Afrika

(gn) Reis ist längst nicht mehr nur in Asien ein Grundnahrungsmittel: Afrika entwickelt sich zum weltweit grössten Abnehmer und importiert heute jährlich rund zehn Millionen Tonnen Reis. Dabei hätte der Kontinent das Potenzial, nicht nur sich selber mit Reis zu versorgen, sondern zusätzlich grosse Mengen für den Export zu produzieren, stellt Marco Wopereis, stellvertretender Forschungsleiter des afrikanischen Reis-Zentrums Warda, in Aussicht. Während in Asien die Reisproduktion kaum mehr gesteigert werden kann, verfügt Afrika laut FAO über 200 Millionen Hektar Tiefland- und Feuchtgebiete, die für den Reisanbau genutzt werden könnten. Neue Reissorten, die von Warda speziell für afrikanische Verhältnisse entwickelt wurden, sollen künftig enorme Ertragssteigerungen ermöglichen, wie erste Erfolge in Mali zeigen. Zudem ist afrikanischer Reis neuerdings konkurrenzfähig geworden. Noch importiert das südliche Afrika 40 Prozent seines Reisbedarfs – doch die von Marco Wopereis anlässlich eines Vortrags an der ETH in Zürich heraufbeschworene Zukunftsvision weist weit über die Selbstversorgung hinaus – er sprach von Afrika als künftiger Reiskammer der Welt. www.warda.org

Pharmamulti Natur

(gn) Die Natur ist die grösste und wichtigste Apotheke der Welt: Bekannt sind rund 50 000 Heilpflanzen. Laut einem Bericht von Plantlife International sind rund 15 000 dieser meist wild lebenden Arten vom Aussterben bedroht. Es muss aber nicht soweit kommen: Mit Hilfe der lokalen Bevölkerung können bedrohte Heilpflanzen, gerade weil sie so wertvoll sind, erfolgreich genutzt und gleichzeitig geschützt werden. «Bessere Gesundheit, Sicherung eines Einkommens sowie die Erhaltung kultureller Traditionen sind wichtige Argumente, wenn es darum geht, die Menschen für den Schutz von Medizinalpflanzen zu motivieren», fasst Alan Hamilton, Autor der Studie, die Erkenntnis aus zehn lokalen Fallbeispielen zusammen. So ermöglichte ein Projekt in Uganda die Sicherung einer kostengünstigen Malariabehand-

lung auf Heilpflanzenbasis und wurden lokale Bauern in der Herstellung von naturmedizinischen Notfallkits geschult – und in China wurden zum Schutz bedrohter Medizinalpflanzen lokale Gärten angelegt und von den Dorfgemeinschaften kontrollierte Schutzreservate geschaffen.

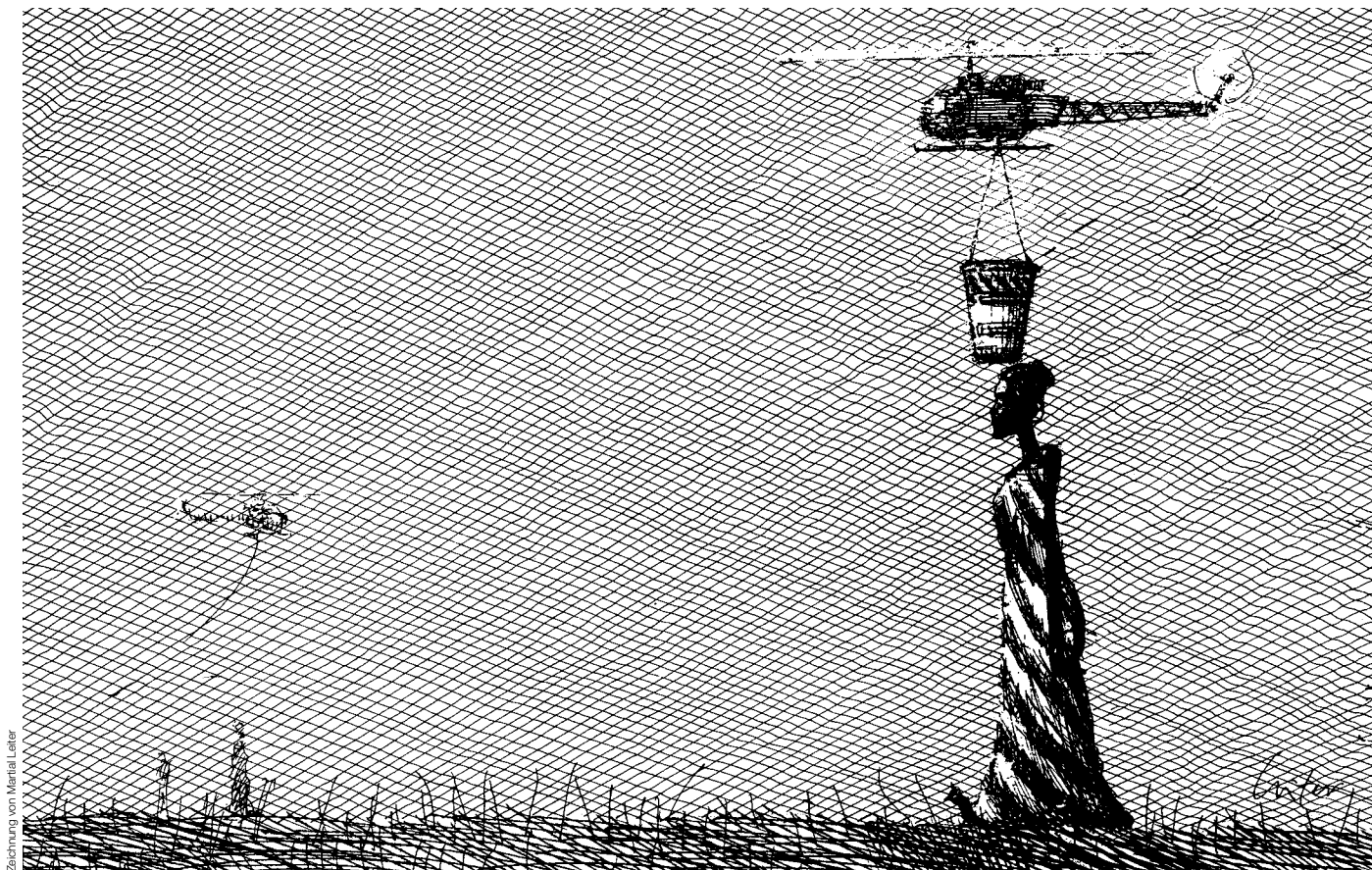
www.plantlife.org.uk

Frauendruck gegen Männerkriege

(jls) Im Norden von Mali geraten immer wieder Regierungsarmee und Tuareg-Rebellen, die politische Selbstbestimmung für die Region fordern, aneinander. Nun organisieren sich Frauen in Vereinen, damit die Männer aufhören, sich zu bekriegen. Sie üben Druck sowohl auf die Armee als auch auf die Rebellen aus. «Wir sind weder in Kämpfe verwickelt noch in Verhandlungsdelegationen vertreten, doch wenn es Frieden gibt, ist er immer durch uns initiiert», erklärt Assory Aïcha Belco, Mitglied der Koordination der Frauen-Vereine in Mali (Cafo), die im ganzen Land vertreten ist. Die Cafo organisiert Friedensmärsche, Vorträge und Demonstrationen vor Kasernen. Abgesehen von punktuellen Anlässen arbeiten die Pazifistinnen auch an langfristigen Projekten. Insbesondere bieten sie Alphabetisierungsprogramme an, die sich mit dem Krieg und



Guenay Ullurcok/af



Zeichnung von Mariala Lator

Zusammenarbeit

seinen Auswirkungen auf die Familien befallen. Die Kurse werden in Lokalsprache für Frauen jeden Alters angeboten.

Frauen für Frauen

(jls) In den grossen Städten von Niger veranlassten wirtschaftliche Probleme die Frauen, ihre sogenannten Foyandi, Spargemeinschaften aus den 1960er Jahren, zu reaktivieren. Inzwischen gibt es Hunderte solcher Frauenclubs. Mit dabei ist, wer einen Monatsbeitrag zwischen 5000 bis 60000 Francs CFA (zwischen 12 und 140 Schweizer Franken) einzahlt. Der so zusammengetragene Betrag wird monatlich einem Mitglied ausbezahlt. Eine Frau nach der anderen erhält, je nach Gruppengrösse, umgerechnet 700, 1000 oder 1200 Schweizer Franken. Für Hadjka Fati, Mitglied des nigerianischen Frauenverbands, sind die Foyandi eine Strategie

zur Armutsbekämpfung. Setzen manche Frauen das Geld zur Möblierung ihres Hauses ein, investieren andere in die Viehzucht oder ein kleines Geschäft. Wieder anderen dient es als Startkapital für einen Laden, um sich als Schuh- oder Lendenschürzenverkäuferin selbstständig zu machen, eine bescheidene Fruchtsaftproduktion zu starten oder sich im Gastgewerbe zu versuchen.

Gefahr Kinderlähmung

(bf) Der Kinderlähmung, die ihre Opfer tötet oder verkrüppelt, soll es endgültig an den Kragen gehen. Als 1988 die internationale Kampagne zur Ausrottung der Kinderlähmung gegründet wurde, erkrankten daran noch jährlich rund 350000 Kinder. Zwar gibt es heute nurmehr 1600 Fälle von Polio-Infektionen pro Jahr, doch das Virus hält sich hartnäckig und

befällt insbesondere immer noch Kinder in Afghanistan, Indien, Nigeria und Pakistan. Von dort wird das Virus, so die Weltgesundheitsorganisation WHO, in andere Entwicklungsländer verschleppt. Die grössten Probleme, die sich bei der Bekämpfung der Kinderlähmung in den vier verbleibenden Ländern stellen, sind die Effektivität von Impfstoffen (Indien), eine niedrige Erfassungsrate für Impfungen (Nigeria) und

Zugangsprobleme aufgrund bewaffneter Konflikte (Afghanistan und Pakistan). Nun hat die internationale Gemeinschaft – allen voran Rotary International, die Gates Foundation, Grossbritannien und Deutschland – Anfang Jahr bekannt gegeben, mehr als 630 Millionen US-Dollar zur endgültigen Ausrottung der Kinderlähmung bereitzustellen.

www.rotary.org/endpolio



The New York Times/Redux/af



Westafrikas Alltag zwischen radikaler Anpassungsfähigkeit und riesigem Potenzial

Die westafrikanische Bevölkerung zeichnet sich durch extrem hohe Mobilität aus. Sie wandert nicht nur von Land zu Land, um Handel zu treiben oder Arbeit zu suchen, sondern auch vom Land in die Städte. Aufgrund der Verstädterung und der demografischen Entwicklung hat sich denn auch die ländliche Welt stark verändert. Von Christine Holzbauer*.

Genau wie dieser Verkäufer von Fussbällen in den Strassen von Benins Wirtschaftsmetropole Cotonou sind viele Westafrikaner ihrem Wesen nach Händler und Reisende



Jean-Claude Meschetti/REA/af

Westafrika deckt ein Fünftel des Kontinents ab und weist eine grosse geografische Spannweite zwischen den Küstenstaaten und denjenigen der Sahelzone auf. Die 16 oder 17 Länder – je nachdem, ob man Tschad neben Mauretanien und den 15 Mitgliedsländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas dazuzählt – bilden ein buntes und auf den ersten Blick widersprüchliches Ganzes.

Auch wenn einen turbantragenden Tuareg aus Niger, einen Mandinka aus Guinea, einen Fulben aus Senegal und einen kapverdischen Mandjak nichts zu verbinden scheint, sind die ethnischen und soziokulturellen Bande unter den verschiedenen Völkern der Region doch alt und stark.

Laut dem ehemaligen Gouverneur von Dakar und

Schriftsteller Saliou Sambou hat die afrikanische Tradition friedfertiger Konfliktlösung vor allem in der Praxis der «Scherzvetternschaft» überlebt. Symbolische oder Namensvetternschaft zwischen Menschen verschiedener Ethnien oder gesellschaftlicher Klassen ist in Ländern wie Mali stark verbreitet. Sie erlaubt den Einsatz von Humor unter «Vettern», die oft auch Nachbarn sind. Sie können gemeinsam scherzen und sich so auch bittere Wahrheiten sagen. «Dieser kodifizierte Einsatz von Humor, mit dem sich viele Konflikte vermeiden oder lösen lassen, ist mehr als blosser Zeitvertreib und dient dazu, nach festgelegten Regeln und Ritualen den Frieden zwischen Familien und Völkern zu erhalten», erklärt Saliou Sambou.

Austausch und Migration allen Hürden zum Trotz

Westafrikaner sind ihrem Wesen nach Reisende und Händler und stets bereit, an einen Ort umzuziehen, wo sich Geld verdienen lässt. Trotz immer wiederkehrender Hürden wie Zollschranken oder polizeiliche Strassensperren ist der grenzüberschreitende Handel nie eingeschlafen. Er garantiert den Staaten der Sahelzone ohne Zugang zum Meer das Überleben.

Der Mauretanier Ahmedou Ould-Abdallah, der von 2002 bis 2007 das Büro der Vereinten Nationen für Westafrika (Unowa) in Dakar leitete, war sich bewusst, wie wichtig es ist, Migration und Handel zu fördern. Beides ist für die ganze Region überlebenswichtig. Während seiner Amtszeit forderte er immer wieder die Aufhebung der Strassensperren und aller anderen Fesseln gegen den freien Verkehr von Menschen und Gütern. Aus seiner Sicht kann man den grenzüberschreitenden Herausforderungen, auch denjenigen bezüglich Söldnern, Kindersoldaten oder der Verbreitung leichter Waffen, nur mit «einem integrierten regionalen Ansatz und nicht mehr staatenweise» begegnen. Der ehemalige Sondergesandte des UNO-Generalsekretärs für Westafrika empfahl eine globalere Strategie für Konfliktvermeidung, Krisenmanagement und Nachkriegsstabilisierung in der Region.

Stossweise Krieg

Klimaveränderungen und das Ausbreiten der Wüste verschärfen die Konflikte zwischen Viehzüchtern und Ackerbauern, die aufgrund nie gelöster Besitzansprüche immer wieder aufflackern. Blutige Auseinandersetzungen verwüsteten die Länder an der Küste. Der 1989 in Liberia ausgebrochene Krieg verschob sich nach Sierra Leone, streifte erneut Liberia und breitete sich 2000 bis 2001 in Guinea aus.



Le Figaro Magazine/af

Benin – Zugang zu Trinkwasser fördern

Nur 41 Prozent der Beniner, die auf dem Land leben, haben Zugang zu Trinkwasser. Die Behörden wollen diese Quote bis 2015 auf 67 Prozent anheben. Um dieses Ziel zu erreichen, schlägt das Regionale Zentrum für günstiges Trink- und Abwasser (CREPA) eine einfache Lösung vor, die bloss auf Sonnenlicht und einer Plastikflasche beruht. Die von der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz (Eawag) entwickelte Sodis-Methode (Solar Water Disinfection) nutzt die UV-A-Strahlung des Sonnenlichts, um das Wasser zu entkeimen. Benin ist bislang eines der wenigen westafrikanischen Länder, das die Methode getestet hat. Durchfallerkrankungen inklusive Cholera verursachen 17 Prozent der Todesfälle bei Säuglingen im Land. In Afrika sind sie jährlich Todesursache bei rund 800 000 Menschen, wovon 90 Prozent Kinder unter 5 Jahren sind.



Jörgen Schytte/Still Pictures



Michael Rehbein/af

Viele Experten sind überzeugt, dass die Entwicklung Westafrikas – sei dies in Benin (oben und links) oder in Burkina Faso (rechts) – nur mit einem integrierten grenzüberschreitenden Ansatz Sinn macht

Im September 2002 kam es an der Elfenbeinküste zu Gewaltausbrüchen. Trotz dem seit 2005 ständig wiederholten Versprechen, Wahlen durchzuführen, verharret das Land als wirtschaftliches Schwergewicht Westafrikas heute zwischen Krieg und Frieden. Diese Situation wirkte sich auch auf den Umsatz im Hafen von Abidjan und indirekt negativ auf die Aktivitäten der anderen Häfen der Region aus – Lomé, Accra, Cotonou, aber auch Dakar.

In Guinea übernahm im Dezember 2008 nach dem Tod von Präsident Lansana Conté eine Militärjunta die Macht. Die Situation bleibt laut der International Crisis Group (ICG) bedrohlich, vor allem wegen «beidseits der Staatsgrenzen in grosser Zahl vorhandener ehemaliger Kämpfer des Liberia-Konflikts, die sich in die Wälder zurückgezogen haben».

Inzwischen haben viele dieser Länder auf den Weg von Frieden und Stabilität zurück gefunden. In Sierra Leone endete der Krieg offiziell im Januar 2002. Der Liberia-Konflikt ebte mit der Flucht von Charles Taylor ins Exil ab und derjenige an der

Elfenbeinküste mit den ersten Friedensabkommen von Ouagadougou im März 2007, bei denen der frühere Rebellenführer Guillaume Soro Premierminister wurde. Bezeichnend dabei ist, dass Blaise Compaoré, der Präsident von Burkina Faso, den man lange Zeit verdächtigt hatte, die ivoirischen Rebellen mit Lebensmitteln und Waffen versorgt zu haben, zum Friedensstifter mutierte.

Mitten im Drogenkorridor

Der zwar brüchige Frieden in den Küstenländern oder zumindest das Ausbleiben offener Konflikte haben es immerhin ermöglicht, den Entwaffnungsprozess einzuleiten, Tausenden von Flüchtlingen die Rückkehr zu ermöglichen und mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Zunächst aber wird unter diesen Umständen dank der Stärkung der Partnerschaft zwischen Friedensmissionen oder UNO-Stellen und regionalen Institutionen ein integrierter regionaler Ansatz gefördert.

Die grössten Herausforderungen ergeben sich aufgrund gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und po-



Wim Kerkhof



Bruno Morand/Hemis.fr/af

In den ländlichen Regionen Westafrikas leben die Menschen genau wie hier in Niger hauptsächlich von Landwirtschaft und Viehzucht

litischer Entwicklungen sowie der Sicherheitsproblematik entlang der langen und oft kaum kontrollierten Grenzen. So hat das von Südamerika über Westafrika nach Europa geschmuggelte Kokain die ärmeren Länder wie Guinea-Bissau zu «Drogenstaaten» gemacht. Im kleinen portugiesischsprachigen Land kamen bei einer Abrechnung in der Führungsetage Anfang März Präsident João Bernardo Vieira und sein Stabschef ums Leben. Die Ereignisse werfen zahlreiche Fragen zum Einfluss der Drogenhändler auf die höchsten Machtzirkel auf. Davon betroffen sind alle Küstenstaaten, insbesondere der Nachbar Guinea, der der Bekämpfung von Unsicherheit, Korruption und Drogenschmuggel höchste Priorität einräumt.

Integrierte Strategien für Grenzregionen

Hervé Ludovic de Lys, Leiter des regionalen UNO-Koordinationsbüros für humanitäre Angelegenheiten, sieht ein einziges Mittel zur Eindämmung der sich ausbreitenden Instabilität: Die Bedürfnisse und Bestrebungen der Bewohner heikler Grenz-

regionen müssen in Bereichen wie Reform des Sicherheitswesens, gemeinsam abgesprochene Grenzbewirtschaftung, humanitäre Hilfe oder Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft stärker berücksichtigt werden. Zusammen mit der Unowa organisierte er deshalb im April 2005 in Timbuktu eine grenzüberschreitende Konferenz, an der die drei Sahel-Sahara-Staaten Mali, Mauretanien und Niger nach Jahren mit langen Trockenzeiten gemeinsam Lösungen erarbeiten konnten.

Ein ähnliches Treffen fand im September 2005 in Sikasso, Mali, statt. Dabei wurde über die Region im Norden der Elfenbeinküste und im Süden von Burkina Faso und Mali diskutiert. 2006 empfing dann die Hauptstadt von Guinea, Conakry, eine Konferenz zur Stabilität innerhalb der Mano River Union, zu der Guinea, Liberia, Sierra Leone und die Elfenbeinküste gehören.

Eine weitere Gruppe von Nachbarländern, die gemeinsam an «integrierten Entwicklungsstrategien» arbeiten könnten – Senegal, Gambia und Guinea-Bissau –, hat sich bisher noch nicht zusammenge-

Burkina Faso – Kampf der Bodendegradation

Unsachgemäßer Einsatz natürlicher Ressourcen führt zur Verschlechterung der Bodenqualität und zur Störung des ökologischen Gleichgewichts. In Ländern wie Burkina Faso, in deren Wirtschaft Ackerbau und Viehzucht dominieren, kann es gar zu schweren Konflikten kommen. Die beiden Sektoren beschäftigen über 85 Prozent der Bevölkerung und generieren fast 70 Prozent der Exporteinnahmen. Green Cross Schweiz und Green Cross Burkina Faso haben deshalb das Projekt «Vermeidung von Konflikten bei der Nutzung natürlicher Ressourcen im Voltabacken» lanciert. Die Landgemeinde Nagréongo diente als Eintrittspforte aufgrund des starken Bevölkerungsdrucks auf die natürlichen Ressourcen (Boden, Wasser, Vegetation). Das 1994 gegründete Green Cross Burkina Faso popularisiert eine «Compost plus» genannte Kompostierungstechnik, um den zur Wiederherstellung degenerierter Böden benötigten organischen Dünger bereitzustellen.

Niger – Produktion diversifizieren

Der Ort Yatawa 600 Kilometer östlich der Hauptstadt Niamey wirkt wie eine grüne Oase. Seit 2001 wurden hier im Rahmen eines Projekts, das den Bauern Zugang zu erneuerbaren Krediten mit Vorzugszins gibt, Güterzusammenlegungen durchgeführt. Abdoulaye freut sich von seiner Fusspumpe herab: «Hier wächst alles, Karotten, Zwiebeln, Kohl und sogar Salat!» Die Genossenschaften lösen sich beim Pedalen ab, dem wirtschaftlichsten Mittel, um ihre Parzellen zu bewässern. «Die Genossenschaft hat die bebaute Fläche innerhalb von zwei Jahren verdoppelt. Sie fährt heute drei Ernten im Jahr ein und erzielt dank diversifizierter Produktion sogar Gewinn», weiss ein Verantwortlicher von SOS Sahel Niger. Die Organisation hilft ausserdem den Frauen bei der Schafmast und unterstützt Aufforstungen von jungen Akazienbäumen, von denen später Gummi arabicum gewonnen und ein Zusatzeinkommen generiert werden kann.

funden. Laut dem Sahel and West Africa Club ist es für diese Staaten von entscheidender Bedeutung, dass sie Veränderungsentwicklungen erkennen und fördern können. «Im Lauf der vergangenen Jahrzehnte kam es in Westafrika zu Umbrüchen, aufgrund derer man es nicht als eine Region des Stillstands, sondern vielmehr als eine Region des Wandels erfassen sollte, die sich durchaus radikal anzupassen und zu entwickeln vermag. Es geht nicht darum zu behaupten, alles stehe zum Besten, aber die beträchtlichen Anstrengungen anzuerkennen, die die Westafrikaner mit Unterstützung ihrer Entwicklungspartner unternommen haben», steht auf der Website der Organisation.

Wandel auf dem Land und in der Stadt

Die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums kann sich heute nicht mehr auf Vorstellungen von gestern abstützen. «Im Lauf der letzten 45 Jahre hat sich die ländliche Welt Westafrikas stark verändert. Der Bevölkerungszuwachs und die Urbanisierung haben Westafrika zu einem regionalen Markt werden lassen», unterstreicht der «Atlas on Regional Integration in West Africa».

Die neue Ära ist zugleich «reich an Versprechen, aber auch an Risiken», etwa weil die Schwächsten der Landbevölkerung unter den Nachteilen des Markts leiden, ohne etwas von dessen Vorteilen zu haben: «Der Übergang von der traditionellen Landwirtschaft zur Urbanisierung und zum Markt erfolgte über eine intensivere Nutzung des bebaubaren Landes und der natürlichen, nicht erneuerten Ressourcen wie des Brennholzes». Aufgrund des demografischen Drucks wird der Wandel in den kommenden zwanzig Jahren zweifellos noch stärker und schneller ausfallen.

Die städtische Bevölkerung Westafrikas steigt jährlich um 4,4 Prozent. Das ist der weltweit höchste Zuwachs. Bis ins Jahr 2020 wird die Stadtbevölkerung die Landbevölkerung überflügelt haben. «Eine Stadt mit 100 000 Einwohnern im Jahr 2006 wird 2025 allein des natürlichen Wachstums wegen 160 000 Einwohner haben, ja sogar 180 000, wenn man die Zuwanderung berücksichtigt», sagt der Atlas voraus. «Ein grösserer Teil der Landwirtschaftsbetriebe als heute wird gut mit dem Markt verbunden sein und Nutzen daraus ziehen. Den Bauern in den Randgebieten werden weiterhin Wetter- und Marktschwankungen zu schaffen machen, wegen den Auswirkungen des Klimawandels vielleicht gar noch mehr als bisher.»

Bezüglich Entwicklung lautet die Schlussfolgerung der Analyse: «Landwirtschaft wird nicht die einzige Aktivität im ländlichen Raum sein, auch wenn sie den wichtigsten Motor darstellt. Darüber hinaus sind ländlicher und städtischer Raum



Der Dantopka-Markt in Cotonou, Benin, ist nicht nur der grösste Markt Westafrikas, er steht auch symbolisch für die Mobilität und Händlermentalität der Menschen aus dieser riesigen Region

eng miteinander verbunden und die Beziehungen werden sich noch verstärken. Jede Entwicklungspolitik oder -strategie wird dies berücksichtigen müssen.»

Die Landwirtschaft von ausgetretenen Wegen abbringen

Vorderhand ist die Situation auf dem Land meist wenig ermutigend, da sich die Bevölkerung nicht einmal selbst ernähren kann. Um Abhilfe zu schaffen, empfiehlt der *West and Central African Council for Agricultural Research and Development (Wecard)*, breit abgestützte Partnerschaften im Forschungs- und Entwicklungsbereich einzugehen. «Die gängige Praxis hat die Landwirtschaft nicht weiter gebracht. Wir brauchen ein neues System, damit Bauern, Industrie, Wissenschaftler, Nahrungsmittelverarbeiter usw. zusammenarbeiten», fordert Marcel Nwalozie von der Wecard.

Ibrahim Assane Mayaki, leitender Direktor für ländliche Entwicklung, geht davon aus, dass man die Bauern und insbesondere die Frauen auf dem Land ins Zentrum der Bemühungen rücken müsse.



Ob für die Salzkarawane und den Ziegenhirten in Mali oder die Gemüsebauer in Burkina Faso – die Sahara und deren Ausbreitung bestimmt in weiten Teilen Westafrikas das Leben der Menschen

Denn die Länder der Region müssten ja gerade deshalb Nahrungsmittel zu immer höheren Preisen importieren, weil die Landwirtschaft so wenig produktiv sei.

«Die Landwirtschaft vermag kaum die Familien selbst zu ernähren. Jeder Vierte ist unterernährt, die meisten Haushalte – weniger als 7 Prozent der Bauern – haben keinen Zugang zu elektrischem Strom, und die Versuchung auszuwandern hält sich hartnäckig», ergänzt der ehemalige Premierminister von Niger. Behörden und Geldgeber müssen deshalb aus seiner Sicht die landwirtschaftlichen Berufe aufwerten, wenn die Tausenden von Jugendlichen aufgefangen werden sollen, die Jahr für Jahr auf den Arbeitsmarkt kommen, aber keinen Job finden.

Auf erneuerbare Energien setzen

Ein weiterer, oft vernachlässigter Punkt ist die Energie. Ohne Zugang zu billiger Energie bleibt die nachhaltige Entwicklung ländlicher Regionen illusorisch. «Für Länder, die Erdölprodukte importieren müssen und deren Landwirtschaft von den

Klimaveränderungen bedroht ist, kann Energie aus Biomasse eine Schlüsselrolle spielen. Dank der Biomasse, die die grösste Energieressource der Region bildet, können die Bauern vor Ort erneuerbare Energie produzieren und einsetzen. Mit der Verarbeitung von Pflanzen zu Treibstoffen und der Verwendung der Abwärme aus Abfall- oder Biogasverbrennung entstehen mannigfaltige Energiequellen», gibt Ibrahim Assane Mayaki zu bedenken. Mit einer besseren Verwertung von Brennholz – sie macht 70 Prozent der in Afrika südlich der Sahara verbrauchten Energie aus – könnte man gegen die Entwaldung kämpfen und wertvolle CO₂-Speicher für den ganzen Planeten erhalten. ■

** Christine Holzbauer ist West- und Zentralafrika-Korrespondentin mehrerer französischer Zeitungen, u.a. für «La Croix», «L'Express» und «La Tribune». Zuerst aus Mali, dann aus Senegal deckt sie seit 2001 alle wichtigen Geschehnisse der Region ab.*

(Aus dem Französischen)

Mali – Grundschulbildung für alle

Von 2002 bis 2007 stieg der Anteil malischer Kinder, die in die Grundschule eingeschrieben werden, von 56 auf 68 Prozent bei den Mädchen und von 78 auf 88 Prozent bei den Knaben. Damit kommen die Behörden dem zweiten Millenniums-Entwicklungsziel näher, das die Grundschulbildung für alle bis 2015 sicherstellen will. Lehrkräftemangel und zu wenig Plätze in den Schulen verunmöglichen allerdings immer mehr Schülern den Besuch der Sekundarstufe. Von über 80 000 Schülern, die 2008 die Sekundarschulprüfung bestanden, konnten rund 17 000 nicht aufgenommen werden. Um dem Problem zu begegnen, sollen neue Berufsbildungszentren entstehen. Und zwar auch deshalb, weil laut dem malischen Bildungsministerium fast 35 Prozent der Schüler aus der Grundstufe die Kriterien zum Übertritt in die Sekundarstufe 2010 nicht erfüllen werden.

Bildung, die die Sprache der Menschen spricht

In Westafrika wachsen Millionen von Kindern ohne Schule auf, weil das Angebot ungenügend ist und den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht entspricht. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit trägt zur Verbesserung der Schulbildung bei. Sie unterstützt neue Ansätze wie etwa zweisprachigen Unterricht, die den vorzeitigen Schulabbruch reduzieren und die Entwicklung fördern.



Innert kürzester Zeit konnte der Schulbesuch, wie hier in der Region Douentza in Mali, mit mobilen Schulen für Nomaden deutlich gesteigert werden

Schweizer Hilfe für Westafrika

Der Bildungssektor ist eines der fünf Betätigungsfelder, auf die sich die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit in Westafrika konzentriert. Dazu kommen die örtliche Wirtschaft mit ihren nationalen und weltweiten Verknüpfungen, Ackerbau, Viehzucht und Umgang mit natürlichen Ressourcen sowie Gesundheit und Dezentralisierung. Ausserdem beinhalten alle Projekte zwei transversale Themen: Geschlechtergleichstellung und Gouvernanz. Die Schweiz verankert ihre Tätigkeit lokal – konkrete Erfahrungen vor Ort fliessen in den politischen Dialog auf nationaler Ebene ein – und betrachtet die Länder auch in Bezug zur ganzen Region, denn diese ist für ihre Zukunft von entscheidender Bedeutung.

(jls) Das Binnendelta des Nigers bietet in Mali Lebensgrundlage für rund eine Million Menschen, meist Nomaden. Um ihrer Arbeit als Fischer oder Viehzüchter nachgehen zu können, müssen Bozo, Fulbe und Tuareg mehrmals im Jahr weiterziehen. Aus diesem Grund werden ihre Kinder kaum eingeschult. 2005 nahm sich der lokale Verein *Delta Survie* des Problems an und schuf mehrere mobile Schulen, die mit den Nomaden umherziehen. Der Unterricht findet unter Zelten statt, die jeweils abgebaut und am neuen Standort wieder aufgebaut werden.

Innovativer Kampf gegen Abbruch- und Wiederholungsraten

Das Projekt kam bei den Eltern sofort gut an. In den 22 Gemeinschaften, die bereits über eine mobile Schule verfügen, schnellte der Schulbesuch hoch. Unterstützt von der DEZA und anderen Geldgebern will Delta Survie das Konzept nun verbessern. Unter anderem sollen die Lehrpläne den Gegebenheiten vor Ort angepasst werden. Die Schüler und Schülerinnen werden dann nicht

nur in Mathematik, Geschichte oder Geografie unterrichtet, sondern auch in einheimischem Wissen. Zu Themen wie Fischarten, Zeltbau oder Heilpflanzen werden Dorfbewohner den Unterricht erteilen.

In den fünf Schwerpunktländern Mali, Burkina Faso, Niger, Benin und Tschad unterstützt die DEZA seit langem diese Art Unterricht. Sie ist, im Vergleich zu herkömmlichen Schulen, innovativ und wird der sogenannten «informellen Bildung» zugerechnet. Es ist die einzige Form von Bildung, die der armen Landbevölkerung überhaupt offen steht. Die Schweizer Entwicklungszusammenarbeit finanziert insbesondere Ausbildungen für 9- bis 15-jährige Schulabbrecher, Alphabetisierungs- und Bildungsprogramme für Erwachsene sowie von den Dorfbewohnern geführte Schulen.

In Westafrika haben Millionen von Jugendlichen entweder nie eine Schule besucht oder sie vorzeitig aufgegeben. Dies liegt zum Teil auch an der Bildungspolitik. «Das aus der Kolonialzeit übernommene Schulsystem zementiert Ungleichheiten und entspricht der Lebensweise der Bevölkerung

nicht», erklärt Fabienne Lagier, Beraterin für Bildungsfragen bei der DEZA.

So fallen die Schulferien beispielsweise nicht mit den Ernteperioden zusammen, während derer die Kinder ihre Eltern bei der Feldarbeit unterstützen müssen. Eine weitere hohe Hürde ist die Unterrichtssprache Französisch, die die meisten Mädchen und Buben bei Schuleintritt nicht beherrschen. Die hohen Wiederholungs- und Abbruch-

dungspolitik integrieren lassen. Wir wollen die Systeme nachhaltig umbauen», unterstreicht DEZA-Projektleiterin Mary-Luce Fiaux Niada.

Afrikanische Sprachen werden gefördert

Allerdings reichen Projektunterstützung und Dialog mit den Behörden nicht aus, um die Schulsysteme grundlegend zu reformieren. Deshalb setzt die Schweiz auch auf internationaler Ebene an. Ei-



raten lassen sich denn auch weitgehend mit der Sprachbarriere erklären.

Staat unterstützt neue Ansätze

Die DEZA setzt auf zweisprachigen Unterricht: Die Auszubildenden lernen in ihrer Muttersprache lesen und schreiben, bevor sie in Französisch unterrichtet werden. Unterstützt werden ausserdem Ausbildungen, die den Herausforderungen der Entwicklungszusammenarbeit entsprechen und die berufliche Eingliederung der Jugendlichen in ihr Milieu begünstigen. Überzeugt von diesen alternativen Ansätzen, die erfolgreicher sind als diejenigen in herkömmlichen Schulen, hat die eine oder andere Regierung damit begonnen, sie finanziell zu unterstützen und in ihr Bildungssystem zu integrieren.

So wurde in Burkina Faso aufgrund eines erfolgreichen und von der Schweiz unterstützten Versuchs entschieden, die Zweisprachigkeit im Unterricht überall einzuführen. Die Abbruchraten in diesem Schulversuch waren sehr gering, und die Schülerinnen und Schüler absolvierten die Primarschule in fünf statt sechs Jahren. «Entscheidend ist, dass sich Innovationen in die nationale Bil-

der ihrer wichtigsten Partner ist die *Association for the Development of Education in Africa (ADEA)*, ein Forum für politischen Austausch zwischen Geldgebern und afrikanischen Erziehungsministern.

Die DEZA leitet darin eine Arbeitsgruppe zur informellen Bildung. «Als die Arbeitsgruppe 1996 entstand, glaubten die meisten Mitglieder nicht an die Chancen des informellen Sektors. Aber dank unserer Aufklärungsarbeit hat sich die Wahrnehmung im Lauf der Jahre völlig verändert», erinnert sich Jean-Marie Byll-Cataria, Vorsitzender der ADEA-Leitung.

Der Verein macht sich insbesondere für die Verwendung der afrikanischen Sprachen bei der Alphabetisierung und im Primarschulbereich stark. Er konnte für sein Anliegen immer mehr Akteure bis auf höchster Ebene gewinnen. Die Afrikanische Union hat denn auch die Sprachproblematik zu einer ihrer Leitachsen für das UNO-Jahrzehnt der Bildung in Afrika (2006–2015) gemacht. Damit wird diese Problematik zum ersten Mal offiziell thematisiert. ■

(Aus dem Französischen)

Gefährdete Zielsetzungen

Die Millenniums-Entwicklungsziele sollten bis 2015 Primarschulbildung für alle und Gleichstellung der Geschlechter sicherstellen. Sofern es zu keiner Trendwende kommt, sind diese Ziele nicht zu erreichen. Rund 75 Millionen Kinder, wovon 55 Prozent Mädchen, haben keinen Zugang zu Schulbildung. Mehr als die Hälfte leben in Afrika südlich der Sahara. Dort konnte die Schulbesuchsrate in den letzten Jahren gesteigert werden. 2006 erreichte sie 70 Prozent, bleibt aber die weltweit niedrigste. In vielen Ländern verlassen die meisten Kinder die Schule, noch bevor sie die Grundstufe abgeschlossen haben. Ausserdem herrscht nach wie vor grosse Ungleichheit. In Senegal zum Beispiel haben Kinder aus der Stadt doppelt so grosse Chancen, eingeschult zu werden wie Kinder vom Land. Und in Mali haben Mädchen aus einem reichen Haushalt die viermal bessere Chance, zur Schule zu gehen, als Mädchen aus armen Verhältnissen.

«Die Amerikaner sind nicht wettbewerbsfähiger als wir»



Ndiogou Fall ist Senegalese und 1955 in Méckhé, einer rund 120 Kilometer nordöstlich von Dakar gelegenen Stadt geboren. Als Landwirt setzt er sich seit über 25 Jahren für seinen Berufsstand ein, zuerst in der eigenen Region, dann im nationalen und schliesslich im westafrikanischen Rahmen. Er leitete insbesondere den Verband der Bauernvereinigungen von Méckhé und den nationalen Saatgutverband. Ab 1985 engagierte er sich im Verband der NGOs in Senegal (Fongs), wurde 1993 Generalsekretär und schliesslich dessen Präsident. Seit 2000 ist Ndiogou Fall überdies Präsident des Netzwerks westafrikanischer Bauern und Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte (Roppa). In dieser Funktion nimmt er regelmässig an internationalen Debatten und Foren teil. Parallel dazu bewirtschaftet er einen kleinen Bauernbetrieb im Dorf Risso unweit von Méckhé. Auf zehn Hektar produziert er Hirse und Erdnüsse und hält dazu ein Dutzend Kühe.



Michael Rehle/af

Trotz seines enormen landwirtschaftlichen Potenzials ist Westafrika von Nahrungsmittelimporten abhängig, und die Familien auf dem Land leiden unter verbreiteter Armut. Für Ndiogou Fall, Vorsitzender des Netzwerks westafrikanischer Bauern und Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte (Roppa), sind die Ursachen dieser Situation politischer Natur. Interview: Jane-Lise Schneeberger.

«Eine Welt»: Westafrika importiert immer mehr Getreide, Milchprodukte und Fleisch. Das wirkt paradox bei einer Wirtschaft, die stark von der Landwirtschaft geprägt ist.

Ndiogou Fall: Es ist eine Schande, denn unsere Region verfügt über ein riesiges Potenzial: Ökosysteme, die sich ergänzen, eine junge, zum grossen Teil ländliche Bevölkerung, Ströme, die zu den längsten Afrikas gehören, für Ackerbau geeignete Böden, so weit das Auge reicht, eine sehr lange Küstenlinie usw. Kurz, wir haben fast alles, was es braucht, um unsere Landwirtschaft zu entwickeln. Gleichzeitig droht ständig Hungersnot. Weniger als ein Viertel der Weiden wird bestossen; nur ein Viertel der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen wird bewirtschaftet, und der Bewässerungsgrad der Kulturen erreicht gerade mal 4 Prozent.

Weshalb vermag die lokale Landwirtschaft die Bedürfnisse der Bevölkerung nicht zu befriedigen?

Das ist einer falschen Logik zuzuschreiben, die unsere Landwirtschafts- und Handelspolitik be-

stimmt, seit wir unabhängig wurden. In den 1960er Jahren ordnete man eine Regierung an, die Landwirtschaft habe sich auf die Produktion von Exportgütern wie beispielsweise Kaffee, Kakao oder Erdnussöl zu konzentrieren. Als die Kurse fielen, verdienten die Bauern nichts mehr und mussten ihr Land verlassen, so dass auch die Getreideproduktion sank. Erst produzierten wir also Kaffee für die Europäer, und nun haben wir keine Hirse und keinen Reis mehr auf dem Teller. Wenn nun die Leute vom Land in die Stadt flüchten, müssen sie weiterhin zu essen haben. Und weil das Angebot an lokal produzierten Lebensmitteln knapp ist, konsumieren die Menschen in der Stadt vor allem Importiertes.

Können die Behörden heute noch landwirtschaftspolitische Vorgaben machen, ohne die Bauern einzubeziehen?

Zum Glück nicht. Immer öfter beteiligen sie nationale Produzentenverbände am Entscheidungsprozess. Das Problem dabei ist, dass ihnen die Landwirtschaft nie wichtig genug war. Weniger als



Trotz reichhaltiger Ökosysteme, fruchtbarer Böden und vielfältiger Landschaften wie etwa im Dogonland (links) oder der Region Segou in Mali (oben) kommen Westafrikas Bauern auf keinen grünen Zweig, weil der lokale Markt von subventionierten landwirtschaftlichen Überproduktionen – insbesondere aus Europa und den USA – zu Billigstpreisen überschwemmt wird

10 Prozent der nationalen Budgets fließen in den Primärsektor, obschon er über 60 Prozent der Bevölkerung beschäftigt. Nicht selten versickert dieses Geld dann auch noch in den Mühlen der Verwaltung. Doch das alles ist nichts im Vergleich zu den massiven Subventionen, die in den Industrieländern ausgerichtet werden. Die Europäische Union gibt 42 Prozent ihres Budgets für die Bauern aus, die gerade mal 5 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Der Abbau von Handelsbarrieren setzt uns dem unlauteren Wettbewerb mit stark subventionierten Bauern aus, die ihre Überproduktion in Afrika verscherbeln. Die Auswirkungen auf unsere Produzenten sind absolut katastrophal.

Welche Bereiche sind am stärksten betroffen?

Der Reisbau zum Beispiel, der von den Importen aus den USA konkurrenziert wird. Der amerikanische Reisbauer finanziert nur 30 Prozent der Produktionskosten aus der eigenen Tasche, alles andere bezahlt der Staat – und garantiert ihm gleich noch den Preis. Die Exporteure werden ebenfalls subventioniert. Das Resultat: Amerikanischer Reis wird in Westafrika zu einem Preis verkauft, der niedriger ist als die Produktionskosten vor Ort, die zu den weltweit bescheidensten gehören. Mit Wettbewerbsfähigkeit, diesem gebetsmühlenartig heruntergeleiteten Begriff, hat das nichts zu tun. Würden die USA ihre Subventionen streichen, könnten ihre Bauern auf unseren Märkten nicht ein Kilo Reis verkaufen. Sie sind also nicht wettbewerbsfähiger als wir. Sie profitieren einfach von einer staatlichen Unterstützung, die wir nicht haben.

Wie vertritt das Netzwerk Roppa die Interessen der afrikanischen Bauern?

Auf nationaler Ebene unterstützen wir Bauernorganisationen, wenn sie wirtschaftliche Aktivitäten für ihre Mitglieder entwickeln, deren Fertigkeiten verbessern und mit den Behörden verhandeln. Parallel dazu engagieren wir uns auf regionaler Ebene, insbesondere in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (Ecowas). Wir beraten die offiziellen Delegationen unserer Länder, wenn sie über multilaterale Handelsabkommen verhandeln. Roppa lobbyiert in den für Landbewohner wichtigen Fragen bei den Entscheidungsträgern, macht seine Forderungen öffentlich bekannt und führt Informationskampagnen durch.

Sie initiieren sogar Demonstrationen...

Wir haben Protestmärsche gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen organisiert, die die EU mit der Ecowas schließen wollte. Obschon unsere Landwirtschaft äusserst schwach ist, verlangte man von uns vollständige Markttöffnung. Roppa hat die Gefahr, die von diesem totalen Freihandel ausgeht, rasch erkannt und die laufenden Verhandlungen an den Pranger gestellt. Schliesslich räumte die Ecowas ein, sie sei nicht bereit, die Abkommen zu unterzeichnen. Wir haben auch die von den westafrikanischen Ländern lächerlich niedrig angesetzten Importzölle bekämpft. Kürzlich wurde der Zolltarif leicht angehoben. Ein bescheidener Sieg, der aber unsere Landwirtschaft nicht zu schützen vermag. Importierte Lebensmittel bleiben billiger als vor Ort produzierte. ■

(Aus dem Französischen)

Roppa im Dienst der Kleinbauern

Das Netzwerk westafrikanischer Bauern und Erzeuger landwirtschaftlicher Produkte (Roppa) verteidigt die Interessen kleinbäuerlicher Familienbetriebe. Aus seiner Sicht bildet die Bauernfamilie die Grundlage der landwirtschaftlich geprägten Gesellschaften afrikanischer Länder, was die meisten Landwirtschaftspolitiker bislang ignorierten. Roppa fördert eine Landwirtschaft, die diesen Familien ein anständiges Einkommen einbringt und ihnen den Verbleib auf ihrem Land ermöglicht. Das im Jahr 2000 gegründete Netzwerk verbindet Bauernorganisationen aus zwölf Ländern: Benin, Burkina Faso, Elfenbeinküste, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Mali, Niger, Senegal, Sierra Leone und Togo. Diese zwölf nationalen Strukturen umfassen alle Produzentendachverbände (Fischer, Viehzüchter, Gemüsebauern, Fleischproduzenten, Geflügelzüchter usw.), die in diesen Ländern ab den 1970er Jahren entstanden sind.

Bangladeschs Näherinnen: Mal stolz, mal ausgebeutet, mal anerkannt



Rekordexporte und Hungerlöhne

Der boomende Textil- und Bekleidungssektor bildet den wichtigsten Industriezweig Bangladeschs. Er allein generiert 75 Prozent des Exporterlöses. Rund 4800 Fabriken stellen Konfektionsware hauptsächlich für den europäischen und amerikanischen Markt her. Im Geschäftsjahr 2007/2008 erreichten die Exporte den Rekordwert von 10,7 Milliarden Dollar. Bangladesch ist heute der drittgrößte Kleiderproduzent der Welt. Es hat einen Teil des chinesischen Textilmarkts aufgesogen, der unter den ständig steigenden Lohnkosten leidet. Harte Konkurrenz herrscht gegenüber Vietnam und Kambodscha: In beiden Ländern werden die Löhne wie in Bangladesch auf einem erschreckend niedrigen Niveau gehalten, um die Produktionskosten zu begrenzen. 2008 importierte die Schweiz Kleider für 114 Millionen Franken aus Bangladesch.

In Bangladesch, wo immer noch 45 Prozent der 160 Millionen Einwohner unter der Armutsgrenze leben, profitiert die Textilindustrie von billigen Arbeitskräften. Tausende Frauen finden sich in der Hauptstadt Dhaka ein, um Arbeit in einer der Fabriken zu ergattern. Andere haben das Glück, ohne Druck in ihren Dörfern arbeiten zu können. Von Grégoire Duruz*.

Sie unterbrechen ihre Arbeit, um ein wenig zu plaudern und dem neugierigen Besucher ein Lächeln zu schenken. In der Wellblechhütte stricken rund dreissig Frauen Bébäckchen, Baumwollspielzeug in der Form von Gemüse oder Keksen, kleine rosafarbene Herzen. Sie arbeiten vier Stunden jeden Morgen. Wer mag, kommt am Nachmittag wieder.

Bis 2005 gingen die Strickerinnen aus dem Dorf Shilmandi keiner Erwerbstätigkeit nach. Sie kochten für ihre Familien und halfen ihren Männern bei der Arbeit auf den Feldern. Doch seit vier Jahren hat sich ihr Leben verändert, denn sie arbeiten für Hathay Bunano, eine bangladeschische Nichtregierungsorganisation (NGO), die kürzlich in ein sozial orientiertes Unternehmen umgewandelt wurde. «Jetzt kann ich mir einen neuen Sari kaufen, wann ich will. Vorher sagte mir mein

Mann immer: Morgen gebe ich dir Geld», freut sich die 38jährige Rekha.

Verhaltenes Lachen breitet sich aus. Eine Mischung aus Stolz und Verlegenheit geht von den im Kreis sitzenden Frauen aus. Stolz darüber, wie ihre Ehemänner zum Familieneinkommen beizutragen und echte Unabhängigkeit erlangt zu haben. Verlegenheit, weil sie zugeben, wie alle Frauen schöne Dinge zu mögen: Einen bunten Sari, ein Paar Ohringe, vergoldete Armreife...

Nazmunahar ist 29 und verdient 1500 Taka im Monat, etwa 26 Franken. Sie kleidet damit ihre beiden Töchter ein, «und ich zahle 400 Taka auf ihre Sparbücher ein». Tahmina ist 20 und strickt, damit sie sich an der lokalen Universität eine Ausbildung leisten kann: «Meine Eltern würden mich nicht nach Dhaka arbeiten gehen lassen, bevor ich verheiratet bin.»

Exodus in die Hauptstadt

Nur sechzig Kilometer trennen Shilmandi von Dhaka, aber sie führen in eine andere Welt. Hier stilles Dorfleben mit sich abwechselnden Kartoffelfeldern und Bananenhainen, dort der unablässige Verkehrslärm der Hauptstadt. In Dhaka und seiner ausufernden Agglomeration leben 15

Zahlreiche Organisationen bestätigen, dass den Frauen dringend Erwerbsmöglichkeiten im Hinterland angeboten werden müssten. Die Engländerin Samantha Morshed leitet Hathay Bunano zusammen mit ihrem Mann aus Bangladesch und betont, wie nötig es ist, die Migration Richtung Hauptstadt aus wirtschaftlichen Überlegungen zu



Grégoire Duruz (2)



Millionen Menschen. Tag für Tag kommen Hunderte neuer Gesichter vom Land dazu, um eine Bleibe zu finden. Hauptverantwortlich für diese Landflucht ist die arbeitskraftintensive Textilindustrie. Unzählige Kleiderfabriken säumen die Strassen und noch immer werden neue mehrstöckige Gebäude errichtet, um für die Bestellungen aus dem Westen gewappnet zu sein.

75 Prozent der Exporte aus Bangladesch sind Textilien. Die Branche beschäftigt 2,5 Millionen Menschen, 80 Prozent davon sind Frauen, meist jung und unverheiratet. Als zu Beginn der 1980er Jahre die ersten Fabriken entstanden und in den 1990er Jahren dann wie Pilze aus dem Boden schossen, erhielten Tausende von Frauen Zugang zum Arbeitsmarkt und zu gesellschaftlicher Anerkennung.

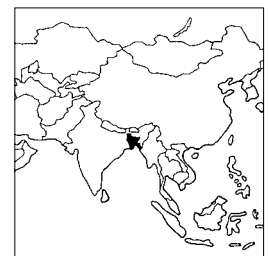
«Wenn sie in die Städte arbeiten gehen, erschliessen sie sich eine neue Realität, eine moderne Kultur», sagt Rokeya Rafique, Leiterin von Karmojibi Nari, einer Organisation zur Verteidigung der Rechte der Arbeiterinnen. «Aber zu welchem Preis? Sie hausen zu fünft oder zu zehnt in einer dreckigen Bruchbude. Seit fünf Jahren werden die Fabriken zudem immer weiter an den Stadträndern draussen gebaut, was das Leben der Arbeiterinnen zusätzlich erschwert.»

bremsen. «Für Bangladesch und für die Frauen selbst ist das zentral. Im Dorf müssen sie für ihre Unterkunft kein Geld ausgeben und bleiben im Familienverband.»

Seit 2005 fördert Hathay Bunano die Herstellung hausgemachter Textilien. In Shilmandi absolvierten 400 Frauen eine zweiwöchige Ausbildung, um sich mit Strick- und Häkeltechniken vertraut zu machen. Im Produktionszentrum holen sie Baumwolle ab und fertigen die bestellten Artikel an. Sie werden pro Stück bezahlt und können zusätzlich zu ihren Aufgaben im Haushalt nebenher arbeiten. Hathay Bunano beschäftigt momentan 3500 Frauen in etwa dreissig über das ganze Land verteilten Werkstätten. Spielzeuge und Bébékleider mit dem in Bangladesch entwickelten Label Ecota Fair Trade werden nach England, in die USA und nach Australien exportiert.

Lebensnotwendiges Zusatzeinkommen

Distrikt Sirajganj, 120 Kilometer nordwestlich von Dhaka. Der Weiler Ratakandi liegt gefährlich eingeklemmt zwischen zwei Armen des Brahmaputra-Flusses. Steigen im Sommer während der Regenzeit die Wassermassen an, werden die Siedlung, aber auch die Getreide- und Reisfelder überschwemmt.





Grégoire Duruz

Auch Arbeitskräfte werden exportiert

Nach den Kleidern beginnt Bangladesch nun auch die Textilarbeiter selbst zu exportieren. Anfang 2008 wurde eine erste Gruppe von 500 Bangladeschis nach Rumänien geschickt. Trotz Unterkunft, Verpflegung, Krankenversicherung und einem Monatslohn von 500 bis 600 Dollar (mindestens viermal mehr als in Bangladesch) lösten viele Arbeiter ihren Vertrag auf und verlangten Lohnerhöhungen. Etwa 400 verliessen Rumänien, um anderswo in Europa auf Arbeitssuche zu gehen. Einer offiziellen Delegation aus Bangladesch, die im vergangenen Winter der Angelegenheit vor Ort nachging, teilten die rumänischen Unternehmer mit, man würde künftig lieber Arbeiterinnen anheuern – die seien nicht schlechter qualifiziert, aber umgänglicher. Der Ruf, der ihnen vorausseilt, ist allerdings vielleicht schon überholt. Die Frauen aus Bangladesch haben nämlich gelernt, auf die Strasse zu gehen um zu demonstrieren.

In Ratakandi ist die Armut nicht zu übersehen. Abdul Manan, seine Frau Majeda und die vier jüngsten ihrer Kinder haben nur eine Strohhütte zum Schlafen; einmal pro Woche gibt es zum täglichen Reis/Linsen-Gericht ein wenig Fisch. Hühner- oder Rindfleisch bleiben unerschwinglich. Abdul arbeitet je nach Bedarf in der Landwirtschaft oder in einer Weberei für 100 Taka (1.70 Franken) pro Tag. Majeda macht bei der von Hathay Bunano gegründeten Gruppe mit 50 Handarbeiterinnen mit. Ein wahrer Segen. «Ohne das Geld, das die Arbeit meiner Frau einbringt, kämen wir nicht über die Runden», sagt Abdul Manan.

Majeda verdient je nach Anzahl gestrickter Artikel zwischen 1000 und 2000 Taka pro Monat. Das ist mehr als beim traditionellen Baumwollspinnen, das mit 20 Taka pro Tag entschädigt wird. Mehr auch als mit Fabrikarbeit in Dhaka: Dort beläuft sich der minimale Monatslohn auf 1662 Taka für sechs elfstündige Arbeitstage (8 bis 20 Uhr mit einer Stunde Mittagspause) pro Woche. Auch Arbeiterinnen, die es auf 3000 Taka bringen, müssen mehr als ein Drittel für Unterkunft und Verpflegung aufwenden, die in der Hauptstadt, wo der Reispreis innert zwei Jahren auf das Doppelte gestiegen ist, selbstverständlich teurer sind. «Hier kann ich mit meinem Lohn Schulmaterial für die Kinder kaufen», freut sich Majeda.

Handwerk verbessern und neu erfinden

Rund 30 Organisationen engagieren sich für fairen Handel mit Erzeugnissen ländlicher Handwerker aus Bangladesch. Die wichtigste unter ihnen ist Aarong, ein sozial ausgerichtetes Unternehmen. Mit 55 000 beschäftigten Handwerkern, davon 85 Prozent Frauen, erzielte es 2008 einen Umsatz von 35 Millionen Dollar. Drei Viertel davon mit Textilien, das heisst Kleidern, Teppichen, Bettüberwürfen.

Samantha Morshed freut sich darüber. «Hören wir doch auf damit, die Armut bekämpfen zu wollen – viel lieber schaffen wir Arbeitsplätze», sagt sie etwas provokativ. Ihr Grundgedanke ist aner-

kennenswert, denn vier von fünf Armen leben auf dem Land.

«Doch die neu entstehenden kleinen und mittleren Betriebe brauchen Unterstützung. Viele haben weder einen Businessplan noch kennen sie ihren Markt», sagt Fouzia Nasreen, die bei Swisscontact für den Bereich Ländlicher Raum zuständig ist. So hat die NGO kürzlich damit begonnen, die Fäden zwischen Exportfirmen für handwerkliche Erzeugnisse in Dhaka und ihren Lieferanten auf dem Land enger zu knüpfen, um die Qualität der Produkte zu verbessern.

Denn genau da harzt es. «Tatsächlich ist die handwerkliche Produktion hier weder besonders kreativ, noch entspricht sie dem westlichen Geschmack und nicht immer stimmt die Qualität», konstatiert Alain Cuvelier, Delegierter von Inter-cooperation in Bangladesch.

Die Schweizer NGO, die von der DEZA finanziert wird, unterstützt fast 70 000 Mikrounternehmer, die ihre Produkte hauptsächlich auf lokalen Märkten anbieten. «Der faire Handel bleibt ein Nischenmarkt», bemerkt Alain Cuvelier.

Eine weitere Hürde bilden die Produktionskosten der Handwerker. Aarong beispielsweise exportiert für weniger als 200 000 Dollar pro Jahr handwerkliche Erzeugnisse. Mehr sind es nicht, weil sich das Unternehmen weigert, Arbeitsplätze zugunsten einer mechanisierten Produktion zu opfern. So sind die Preise in den Nachbarländern zwangsläufig konkurrenzfähiger.

Doch was soll man tun? Den Frauen in den Dörfern weniger bezahlen, um ihnen längerfristig ein kärgliches Einkommen zu garantieren? Das Handwerk neu erfinden? Die verlockenden Kekse aus Baumwollgarn von Hathay Bunano lassen die zweite Lösung attraktiver erscheinen. ■

** Grégoire Duruz ist freischaffender Schweizer Journalist. Er arbeitet von Dhaka aus für rund ein Dutzend meist französischsprachige Medien.*

(Aus dem Französischen)

Die Schweiz und Bangladesch Erfolgreich mit innovativen und flexiblen Projekten

(bf) Bangladesch ist eines der dichtest besiedelten Länder der Welt, und rund die Hälfte der Bevölkerung von 160 Millionen Menschen lebt in Armut. Trotz wesentlicher Fortschritte in den letzten Jahrzehnten – insbesondere in den Bereichen Bevölkerungskontrolle, Kindersterblichkeit, Unterernährung und geschlechtsneutralem Zugang zu Bildung – leidet das Land an Unterentwicklung, Misswirtschaft, Naturkatastrophen und schlechter Regierungsführung.

Das Engagement der schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit, welche seit der Unabhängigkeit Bangladeschs im Jahr 1971 in diesem Land tätig ist, zielt mit einem vielschichtigen Programm auf eine nachhaltige Reduktion der Armut. Zwar ist die Schweiz nur ein kleines Geberland, doch geniesst sie, dank vielfältiger Erfahrung in der Durchführung innovativer und flexibler Projekte, hohes Ansehen bei den Diskussionen mit Regierungsvertretern.

Das aktuelle und noch bis 2012 gültige Programm zielt dabei auf die beiden Hauptthemen 'Beschäftigung und Einkommen' sowie Lokale Gouvernanz. Dabei arbeitet die DEZA mit der Regierung von Bangladesch – beispielsweise mit den Ministerien für ländliche Entwicklung und jenem für Bildung – mit lokalen, schweizerischen und internationalen Nichtregierungsorganisationen, sowie mit anderen bilateralen Geberländern und multilateralen Organisationen wie der Weltbank und der Asiatischen Entwicklungsbank zusammen. Die Beschäftigung und das Einkommen der Bevölkerung sollen insbesondere durch verbesserte Beschäftigungschancen, namentlich dank der Vermittlung solider Ausbildungen und dem Zugang zum Arbeitsmarkt erreicht werden. Gleichzeitig sollen die Arbeitsmärkte für die Armen besser er-

schlossen und die lokalen wirtschaftlichen Bedingungen der Ärmsten verbessert werden. Setzte man früher auf die Förderung der Selbstversorgung der Ärmsten, steht heute die Unterstützung ganzer Produktionsketten im Vordergrund. Von der Aus- und Weiterbildung über das Angebot und die Nachfrage bis hin zu einer verbesserten Produktivität und – auch internationalen – Vermarktung zielen die Projekte auf die Verbesserung jedes einzelnen Glieds der Wertschöpfungskette ab.

Der Bereich Lokale Gouvernanz ist besonders aktuell, da sich Bangladesch in einer Übergangsphase mit einem schwierigen Demokratisierungsprozess befindet. Deshalb arbeitet das schweizerische Programm auf einen Beitrag zur Entwicklung einer Politik und Praxis der Guten Regierungsführung hin, welcher den Bedürfnissen der Armen Rechnung trägt. Dabei sollen die Armen nicht nur ihre Interessen kennen lernen, sondern sie auch vertreten und öffentliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können. Die lokalen Regierungen wiederum sollen beim Aufbau von Dienstleistungen gestärkt werden, welche sie auf transparente, partizipative Weise bereitstellen. Und schliesslich werden politische Reformen gefördert, welche die Situation der Armen verbessern und ihre aktive Mitbeteiligung fördern.

Das Land wird regelmässig von schweren Naturkatastrophen heimgesucht, nach denen die Schweiz jeweils mit Soforthilfe und dem Wiederaufbau der Lebensgrundlagen aktiv wird. Zudem unterstützt sie auch Bestrebungen der Regierung im Bereich der Prävention und Vorbereitung, inklusive Frühwarnsystem, um den Risiken bei solchen Katastrophen besser begegnen zu können. ■



Jürgen Schytte/Still Pictures

Ein Traum auf drei Rädern



Hana Shams Ahmed ist Redaktorin bei The Star, dem Wochenmagazin der Tageszeitung The Daily Star. Sie schreibt hauptsächlich über Geschlechterverhältnisse, Kinder, Arbeit, Migranten und die Rechte der Minderheiten. The Daily Star ist die meistverbreitete englischsprachige Zeitung in Bangladesch, mit einer täglichen Auflage von über 45 000 Exemplaren. The Star Magazine liegt jeweils der Freitagsausgabe der Zeitung bei, da dieser Tag in Bangladesch zum Wochenende gehört. Hana Shams Ahmed arbeitet auch als Freischaffende, u.a. als Übersetzerin für lokale NGOs. Sie ist Mitglied von Drishtipat.org, einem globalen Netzwerk von Menschenrechtsaktivisten aus Bangladesch. Sie hat an der University of Westminster in London studiert und ein Nachdiplomstudium in Internationalem Journalismus absolviert.

«Chef, etwas mehr links!», schreit mein Rikschafahrer einem Kollegen zu. Ich habe Shagor für den Tag gebucht und ihn für 10 Uhr nach Hause bestellt. Doch um dem Morgenverkehr auszuweichen, erscheint er viel früher. Schliesslich kommt es nicht oft vor, dass ihn ein Kunde im Voraus bucht und ihm für einen 10 bis 17 Uhr-Job 500 Taka (8.50 Franken) zahlt. An guten Tagen, erklärt Shagor, könne er gleich viel von morgens 7 bis abends 7 Uhr verdienen, an schlechten Tagen gar nur 300 Taka.

Der 38jährige Mohammad Shagor Hossain ist vor 20 Jahren mit seinen Eltern und seinem älteren Bruder auf der Suche nach einem besseren Leben aus Khalishpur in Khulna, im Süden Bangladeschs, nach Dhaka gekommen. Zuerst arbeitete er als Busfahrer für die staatliche Bangladesh Road Transport Corporation BRTC, verlor jedoch diesen Job, als BRTC begann, ihre Busse privat zu leasen. Seither fährt er Rikschas.

Während wir uns durch den Verkehr auf der Satmasjid Road kämpfen, stossen hinter uns zwei Rikschas bei einem Überholmanöver ineinander. «Shala!», flucht Shagor, tritt in die Pedale, dreht sich um und grinst verschmitzt – ihm fehlen drei Vorderzähne ... «Keine Sorge», versichert er, «ich bin Profi, in meiner Riksha passiert dir nichts.»

Shagor lebt mit seiner Frau und seiner jüngeren Tochter in Agargaon. Die ältere Tochter lebt mit seinen Schwiegereltern in einem Dorf in Mymensingh im Norden Bangladeschs. Es sei zu teuer, sagt er, zwei Töchter in der Stadt aufzuziehen. Aus-

serdem besuche das Mädchen im Dorf eine freie Schule und fühle sich so wohl bei seinen Grosseltern, dass es gar nicht mehr nach Dhaka wolle. Nach der gewaltsamen Vertreibung aus einem Slum während der letzten Regierungswahlen, liess sich Shagor vor vier Jahren in einem anderen Slum nieder, wo er seither lebt. Für die Hausmiete bezahlt er 300 Taka pro Monat. Ein Stromanschluss würde weitere 200 Taka pro Monat kosten, was er sich kaum leisten kann. Einen guten Teil seines Tagesverdienstes muss er dem Riksha-Besitzer abgeben: 80 Taka pro Tag sind kein Pappenstiel. Warum nimmt er kein Darlehen auf und kauft seine eigene Riksha? Sie würde ihn, inklusive Registrierung, 25 000 Taka (425 Franken) kosten. «Wer würde mir schon ein Darlehen gewähren», sagt er, «ich hab doch keine Sicherheiten, um dafür zu bürgen.»

Ich bitte ihn, zu ihm nach Hause zu fahren. Da er meint, ich mache einen Witz, bitte ich ihn ein zweites Mal. «Ich glaube nicht, dass du zu mir kommen solltest», sagt er, «du würdest dich nicht wohl fühlen.» Agargaon ist ein angenehmes Quartier, in dem mehrere nationale und internationale Organisationen und NGOs ihren Sitz haben. Die Gegend ist vom Verkehrswahnsinn noch unberührt. Über kurvenreiche Strassen gelangen wir zu Shagors Hütte. Seine junge Frau Sharmeen ist gerade dabei, das Essen zuzubereiten. Ihr zweijähriges Mädchen springt freudig am Vater hoch. Vor der Hütte stehen drei Lehmherde. Im Innern befinden sich ein schmales Doppelbett und ein Bambus-Regal. Spasseshalber sage ich, wir seien zum Mittagessen gekommen. «Kein Problem», lacht Sharmeen, «es hat für alle. Es ist vielleicht nicht viel, aber ich freue mich, wenn du bleibst.»

Zurück auf der Strasse fahren wir Richtung Universität. Dabei erfahre ich, dass Shagor die Schule abgeschlossen hat und dennoch als Rikschafahrer arbeitet. Doch er gibt sich glücklich, überhaupt einen Job und ein Dach über dem Kopf zu haben.

Obschon es keine offiziellen Zahlen gibt, denn viele Rikschas sind gar nicht registriert, gibt es in der Stadt laut Schätzungen über eine Viertelmillion Rikschas. Riksha fahren ist zwar extrem anstrengend, insbesondere in den Sommermonaten, aber es ist eine günstige und umweltfreundliche Fortbewegungsart in der Hauptstadt – und eine gute Einkommensquelle für viele arme Leute wie Shagor. ■

(Aus dem Englischen)



Shahzad Noorani/Still Pictures



Wir reiben uns die Augen ...

... in den letzten Monaten zogen uns schlingernde Finanzmärkte, Bankenkrisen, Angst vor wirtschaftlichem Abschwung und Verlust von Arbeitsplätzen, Staatsdefizite und anderes in ihren Bann. Von den Menschen und Ländern des Südens war dabei nicht sehr oft die Rede.

Zuerst glaubten viele, dass vor allem die Staaten des Nordens von der Finanzkrise getroffen werden. Hingegen würden Staaten mit schwach entwickelten Finanzsektoren wenig in Mitleidenschaft gezogen. Diese Einschätzung war falsch. Osteuropäische Staaten sind rasch in Turbulenzen geraten, weil ihr Bankensektor eng mit westeuropäischen Instituten verflochten ist. Seit Ende letzten Jahres sind die Auswirkungen auch in Entwicklungsländern stark spürbar. Allerdings sind die einzelnen Länder unterschiedlich betroffen.

Kapitaltransfer und damit Investitionen sind wegen des erwarteten wirtschaftlichen Abschwungs rückläufig. Einnahmen aus Export und Tourismus gehen zurück. Teilweise dramatisch sind die Erträge aus dem Verkauf von Rohstoffen eingebrochen. Viele Rücküberweisungen von Migranten an ihre Familien in den Herkunftsländern fallen aus. Diese Remittances machen mehr als das Dreifache der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe aus. Menschen, die ihre Arbeitsplätze im Ausland verloren haben, kehren oft als Arbeitslose in ihre Heimatländer zurück, wo sie kaum ein Auskommen finden. Selbst innerhalb einzelner Länder gibt es solche Bewegungen – in China haben mehr als 20 Millionen Menschen ihren Arbeitsplatz verloren. Viele sind in ihre oft armen Herkunftsprovinzen zurückgekehrt.

Wie steht es mit den Mitteln für die Entwicklungshilfe? Es ist zu befürchten, dass die privaten Spenden zurückgehen. Die öffentlichen Entwicklungshilfegelder für 2009 sind in den meisten Geberländern bereits gesprochen worden. Doch die mittelfristigen Perspektiven kennen wir nicht. Heute besteht die Gefahr, dass die Erfolge bei der Armutsbekämpfung der vergangenen Jahre gefährdet sind und neue Not entsteht, für deren Linderung die Mittel fehlen. In dieser auch für viele Schweizerinnen und Schweizer schwierigen Zeit ist es wichtig, die Länder und Menschen des Ostens und Südens nicht zu vergessen. In die Strategien zur Krisenüberwindung müssen auch sie einbezogen sein. Nur dann kann die Krise gemeistert werden.

Eine Krise ist nicht einfach eine Abwärtsbewegung und ein Anlass für Pessimismus. Es ist wichtig, in Krisen auch Chancen zu erkennen und diese für bessere Lösungen zu nutzen. Dazu gehören umfassende Lösungen: Beispielsweise eine bessere Finanzarchitektur, ein gerechteres Welthandelssystem oder ein gutes Klimaregime. Aber auch Verbesserungen und Anpassungen auf der Ebene der Programme, Projekte und konkreter Vorhaben. Es gehören dazu auch politische Entscheide, welche die nötigen Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe sichern. Auch in diesem Bereich beginnt die Überwindung der Krise in den Köpfen. ■

Martin Dahinden
Direktor der DEZA



Reuters/af



David Butler/Reuters/af

Afghanische Polizistinnen im Dienste der Frauen

Der Wiederaufbau der Polizei in Afghanistan erfolgt zu einem Zeitpunkt, in dem die Gewalt ständig zunimmt und Tausende von Opfern fordert. Frauen sind zusätzlich wie eh und je von häuslicher Gewalt betroffen. Ein Programm zur Gleichstellung der Frauen in der Polizei soll die häusliche Gewalt im Land verringern.

(mr) Die afghanische Verfassung ist unmissverständlich: Männer und Frauen sind vor dem Gesetz gleich. Zwar haben umfassende Rechtsreformen nach dem Fall des Taliban-Regimes im Jahre 2001 Männer und Frauen rechtlich gleichgestellt, doch die juristische Gleichstellung hat kaum Auswirkungen auf den Alltag der Frauen. Wer in Afghanistan als Frau zur Welt kommt, wird mit weit grösserer Wahrscheinlichkeit in Armut und Elend leben als ein Mann.

Besonders in abgelegenen Gebieten und Provinzen im Süden des Landes hat das traditionelle Recht eine stärkere Bedeutung als die formale Gesetzgebung. Noch immer müssen die meisten Frauen die Burka tragen, noch immer ist es für sie gefährlich Jobs anzunehmen, in die Schule oder auf die Strasse zu gehen. Obwohl erste Fortschritte in Bezug auf die Rechte der Frauen erreicht wurden, schätzt der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen Unifem, dass jede dritte Afghanin schon einmal geschlagen, zum Ge-

schlechtsverkehr gezwungen oder anderweitig misshandelt wurde.

Die Täter stammen gewöhnlich aus dem Familienkreis oder sie sind den Opfern zumindest bekannt. Doch kaum einer wird angezeigt und strafrechtlich verfolgt. Angesichts der ausufernden Gewalt, die im Land nicht nur gegen die Frauen herrscht und Tausende Tote fordert, hat die afghanische Regierung beschlossen, die Polizeikräfte zu stärken. Die Schweiz beteiligt sich im Rahmen der internationalen Bestrebungen zur Verbesserung der öffentlichen Ordnung an der Reform des Sicherheitssektors.

Nicht nur Schreibkräfte

Das Schweizer Engagement erfolgt unter dem *Law and Order Trust Fund for Afghanistan* Lotfa, der 2002 von der UNO in Zusammenarbeit mit dem afghanischen Finanz- und dem Innenministerium ins Leben gerufen und vom UNO Entwicklungsprogramm UNDP verwaltet wird. Die Schweiz fi-



Wegen der Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft ist es schwierig, Frauen zu finden, die Polizistinnen werden wollen – dennoch ist es unerlässlich, um unter anderem die Gewalt gegen Frauen einzudämmen

nanziert unter anderem die Gender-Komponente des Lotfa, die die Senkung der Gewalt gegen Frauen anstrebt. Seit 2003 konnten somit rund 300 Frauen in den nationalen Polizeikorps rekrutiert werden.

«Angesichts der Stellung der Frau in der afghanischen Gesellschaft war es sehr schwierig, Frauen zu finden, die den Mut haben, Polizistinnen zu werden. Doch um die Gewalt gegen die Frauen einzudämmen, ist es unerlässlich, dass bei der Polizei Frauen arbeiten, die sich der Opfer annehmen», erklärt Michael Gerber, Programmverantwortlicher der DEZA. Die Rekrutierung stiess in den verschiedenen Provinzen auf ein unterschiedliches Echo. Während in der Hauptstadt Kabul und in der in Gleichstellungsfragen eher fortschrittlichen Provinz Bamyan sich genügend Kandidatinnen meldeten, war es in den von den Taliban dominierten Gebieten schwierig bis unmöglich.

Anlaufstellen für Frauen geschaffen

Vor dem Start des Projektes arbeiteten 162 Frauen für die afghanische Polizei, meist als Schreibkräfte. Jetzt sind es dreimal mehr. Dazu kommt, dass nun auch deren Funktionen breiter gefächert sind: nicht selten führen Polizistinnen Untersuchungen durch und sind im Aussendienst tätig. Wie ihre männlichen Kollegen durchlaufen sie eine strenge Schulung und sind, wenn es der Einsatz erfordert, bewaffnet unterwegs. Sie tragen dieselbe Uniform wie ihre Kollegen und je nach Provinz ein Kopftuch. Insgesamt gibt es in Afghanistan etwa 62000 Polizisten, davon sind rund 80 Prozent in Kabul stationiert und wiederum 60 Prozent dieser Polizisten arbeiten im Innenministerium.

Doch die Rekrutierung von Frauen alleine genügt

nicht, um die Gleichstellung innerhalb des Polizeikorps sicherzustellen. Denn es ist nicht auszuschliessen, dass die Polizistinnen nicht nur während ihrer Einsätze, sondern auch von ihren eigenen Kollegen bedroht und schikaniert werden. Im Innenministerium wurde deshalb eine Gleichstellungsbeauftragte eingesetzt, die den Gender-Aspekt begleitet und verschiedene Gender-Programme durchführt.

Ein weiterer Schwerpunkt des Projekts ist die Schaffung von fünf Anlaufstellen für weibliche Gewaltopfer. Bisher gab es lediglich probeweise eine Anlaufstelle in Kabul. «Es war weiblichen Opfern kaum möglich, eine Straftat zu melden, da es auf den Polizeiposten nur Männer gab. Jetzt können sie sich von Polizistinnen beraten lassen und werden, wenn erforderlich, auch in Frauenhäusern untergebracht», erklärt Michael Gerber. Erste Erfolge seien sichtbar: Seit der Eröffnung der Stellen hätten sich deutlich mehr Frauen getraut, zur Polizei zu gehen.

Von der weiblichen Präsenz im Polizeikorps versprechen sich die Projektverantwortlichen zudem eine Sensibilisierung der Polizisten für die Anliegen der Frauen und eine Abnahme der Korruption. Es ist nämlich aus anderen Ländern erwiesen, dass Polizeikorps mit Frauen weniger auf Korruption anfällig sind.

Auf die neuen Polizistinnen wartet ein harter Job. Malalai Kakar, die berühmteste Polizistin Afghanistan, die schon seit dem Sturz der Taliban in Kandahar im Einsatz war, wurde letzten Sommer Opfer eines Attentats. Die Polizistin, deren Spezialgebiet die Verfolgung von Straftaten gegen Frauen war, ist von den Taliban ermordet worden. ■

Lohn abgerechnet – Korruption bekämpft

Im Rahmen des *Law and Order Trust Fund for Afghanistan* Lotfa finanziert die DEZA auch die Einrichtung eines landesweiten elektronischen Lohnabrechnungssystems für die nationale Polizei Afghanistans. Bisher bearbeitete das Innenministerium Lohnzahlungen und persönliche Daten von Hand, was häufig zu Verspätungen für Angestellte in den Provinzen führte und einen Nährboden für Korruption bot. Mit dem neuen Lohnabrechnungssystem können nun die Zahlungen nachverfolgt werden. Die Datenbanken liefern Angaben zu den Angestellten sowie zu Lohn und nicht lohnbezogenen Ausgaben. Damit ist ein Einblick in alle Arten von Aufwendungen gesichert, die bei den Polizeikräften in den Provinzen und auf der Ebene des Zentralstaates anfallen. Polizisten verdienen in Afghanistan rund 93 Franken pro Monat.

Vernetzt entwickeln



The New York Times/Redux/af

Grosse Wirkung eines Mini-Projekts: Manchmal reichen Tisch, Stuhl und ein Computer, um Entwicklungen anzustossen. So geschehen auf Kuba, mit den «Häusern für lokale Entwicklung».

(gn) Eigentlich wissen die Menschen vor Ort besser als die Regierung in der Hauptstadt, was für die lokale Entwicklung getan werden müsste und wie man dies am effizientesten organisiert. Diese Erfahrung bestätigt sich aktuell in Kuba: So initiierte im Jahr 2006 das *Oficina Historiador de la Ciudad de La Habana* mit Unterstützung von internationalen Partnern wie der DEZA in Havanna ein erstes Begegnungszentrum mit Versammlungslokal, Bibliothek und Computern mit Internetanschluss.

Schon bald entwickelte sich die Casa de Desarrollo Local - Haus für lokale Entwicklung - zu einem Ort der Vernetzung, wo sich die Gemeindeverantwortlichen mit Akteuren aus den verschiedensten Sparten austauschen und aktiv an der Ausgestaltung und lokal angepassten Umsetzung von Entwicklungsprogrammen arbeiten.

Eigeninitiative der Bürger

Der Erfolg in der Hauptstadt führte dazu, dass bis heute in zehn weiteren Städten solche Zentren eingerichtet wurden. In den meisten Orten mit einfachsten Mitteln: «Die Gemeinde stellt einen Raum zur Verfügung, wir ermöglichen die An-

schaffung der Infrastruktur Tisch, Stuhl und ein Computer mit Internetanschluss. Steht dies alles bereit, organisieren sich die Leute selber», sagt Beatrice Ferrari, Programmverantwortliche für Kuba bei der DEZA. Ihre anfänglichen Bedenken, dass die Verantwortlichen möglicherweise keinen Gefallen an der Einmischung und Beteiligung einer breiten Palette von Akteuren finden würden, zerstreuten sich bald: «Sie haben ihr Rollenverständnis schnell angepasst und sind heute begeistert, selber Verantwortung für eine lokal angepasste und koordinierte Entwicklung zu übernehmen.»

Denn man hat gemerkt: Wo beispielsweise das Wohnbauprogramm der Regierung auf die lokalen Bedürfnisse zugeschnitten wird, kann effizienter gearbeitet werden. Wo Sanierungen mehr Sinn machen als Neubauten, kann man Geld sparen, respektive anderswo einsetzen. Und wenn dank lokaler Vernetzung der Sand für die Herstellung des notwendigen Zements aus dem nächstliegenden Steinbruch, statt vom andern Ende der Insel bezogen wird, nützt das nicht nur dem lokalen Gewerbe. ■

«Sie ist die Wurzel und sie ist das Salz der Freiheit: Die Gemeinde.»

José Martí, Nationaldichter Kuba

«Das Zentrum für lokale Entwicklung, welches wir kürzlich in Jatibonico eingeweiht haben, hat sich zu einer bevorzugten Bühne für die Integration von Technik und Entwicklungsarbeit in unserer Gemeinde entwickelt»

Jorge Pérez Caveda, Präsident der Gemeindeversammlung von Jatibonico.

Drei Programme für globale Herausforderungen

(mq) Entwicklungsländer sind vom Klimawandel, der unsicheren Nahrungsversorgung und der weltweiten Migration besonders stark betroffen. Die DEZA beschäftigt sich deshalb seit geraumer Zeit vertieft mit diesen globalen Herausforderungen und setzt sich für eine entwicklungsförderliche Globalisierung ein. Zur systematischen Bearbeitung der wichtigen Themen hat sie die drei Globalprogramme Klimawandel, Ernährungssicherheit und Migration geschaffen, die im Direktionsbereich «Globale Zusammenarbeit» angesiedelt sind. Diese Programme arbeiten konkrete Beiträge der Schweiz zur Lösung der weltweiten Herausforderungen aus und setzen sie in gezielten Projekten um bzw. bringen sie in die in-

ternationale Diskussion ein. Globale Probleme verlangen nach globalen Lösungen. Zur Ausarbeitung weltweiter Aktionspläne braucht es einen verstärkten internationalen Dialog, an dem sich auch die Schweiz beteiligt. Unser Land hat sowohl im Bereich des Klimawandels als auch der Ernährungssicherheit und der Migration Fachwissen und viel Erfahrung zu bieten, welche die DEZA in den Politikdialog mit Partnerländern oder in multilaterale Verhandlungen einbringen kann. Als Mitglied der bundesrätlichen Delegation setzt sich die DEZA beispielsweise in der Aushandlung der UNO-Klimakonvention für faire und umsetzbare Bedingungen für Entwicklungs- und Schwellenländer ein.

Die DEZA ist im Rahmen der globalen Programme nicht nur

in Schwerpunktländern, sondern auch in fortgeschrittenen Entwicklungsländern operativ tätig. Von Bedeutung sind insbesondere die sogenannten Ankerländer Südafrika, Nigeria, Indien, China und Brasilien, die über wirtschaftliches Gewicht und politischen Einfluss auf die umliegenden Staaten verfügen. Bei Fragen wie der klimafreundlichen Energieproduktion ist es unerlässlich, diese aufstrebenden Länder mit ins Boot zu holen. Deren Treibhausemissionen steigen mit dem wirtschaftlichen Fortschritt rasch an. Das Potenzial zur Verringerung des CO₂-Ausstosses ist entsprechend gross, wenn die richtigen Massnahmen getroffen werden. Zudem sind die umliegenden Entwicklungsländer am stärksten von den Auswirkungen der Emissionen betroffen. Deshalb unterstützt das Globalprogramm

Klimawandel unter anderem die Elektrifizierung ländlicher Gebiete, die auf lokalen erneuerbaren Energien wie Biomasse und Kleinwasserkraft beruht. Gefördert wird auch eine verbesserte Energieeffizienz, zum Beispiel bei der Produktion von Bauziegeln in Indien. Ein wichtiges Anliegen ist auch der Wissenstransfer vom Norden in den Süden und zwischen den Ankerländern und ihren benachbarten Staaten (Süd-Süd-Zusammenarbeit). Die globalen Programme arbeiten eng mit den regionalen Sektionen der DEZA zusammen, deren Programme sie unterstützen und verstärken. Denn die Ansätze zur Lösung globaler Probleme zeigen ihre Wirkung nur, wenn sie lokal umgesetzt werden.

Was eigentlich ist... Korruption?

(bf) Korruption stammt von dem lateinischen Wort ‚corrumpere‘ ab und bedeutet verderben, vernichten, bestechen. Gemäss der international anerkannten Definition nach Transparency International – einer weltweit agierenden nichtstaatlichen Organisation, die sich in der Korruptionsbekämpfung engagiert – bedeutet Korruption «der Missbrauch von anvertrauter Macht zum privaten Nutzen oder Vorteil». Sie umfasst sowohl die Korruption des Vertrauensträgers (aktive Korruption) als auch dessen Bereitschaft, sich korrumpieren zu lassen (passive Korruption). Korruption kann den öffentlichen Bereich betreffen, zum Beispiel bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und Konzessionen, oder in Bezug auf Steuer- und Zollbehörden. Sie kommt aber auch vielfältig unter Privaten vor, etwa als Bestechung von Mitarbeitern eines Vertragspartners oder Konkurrenzunternehmens. Von der Korruption sind alle Staaten betroffen, in den Entwicklungsländern hat die Korruption jedoch äusserst schwerwiegende Folgen, und häufig besteht dort ein dramatischer Widerspruch zwischen desolaten Staatsfinanzen und einem Reichtum an natürlichen Ressourcen. In einem solchen Umfeld wird die Korruption zu einem verheerenden Entwicklungshemmer und ist vorab in den Entwicklungsländern dafür verantwortlich, dass die Menschen nicht in den Genuss der öffentlichen Dienstleistungen kommen, die sie von ihrem Staat erwarten könnten und oft grundlegenden Menschenrechten entsprechen (Recht auf Gesundheit, Bildung, Wasser etc.). Für einen wirksamen Kampf gegen Korruption braucht es einerseits direkte

Gegenmassnahmen wie Strafrechtsreformen, Antikorruptionsorgane oder Informantenschutz. Andererseits ist Korruption in erster Linie als Symptom einer schlechten Regierungsführung zu verstehen und daher indirekt, durch eine Behebung der Ursachen, anzugehen. Dies etwa durch einen besseren Informationszugang, Reformen in den Bereichen Justiz und Service Public, öffentliche Auftragsvergabe sowie Mechanismen, die vorsehen, dass Zivilbevölkerung und Staat einander Rechenschaft ablegen. Die Weltbank schätzt das Ausmass der Korruption auf jährlich 1000 Milliarden Dollar, während in der gleichen Zeit für Entwicklungshilfe rund 100 Milliarden eingesetzt werden.



Jenny Matthews/Panos/Strates

Konzentration – keine Garantie für bessere Wirkung



Gerne wird in der Diskussion über Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit das «verschwenderische Giesskannenprinzip» der Forderung nach vermehrter Konzentration gegenübergestellt. Doch Konzentration birgt auch Gefahren und ist nicht immer das Richtige. Von Gabriela Neuhaus.

Der Aufwand ist beträchtlich: Die Regierung von Tansania zum Beispiel muss jährlich rund 2400 Rechenschaftsberichte an ihre Geldgeber abliefern. In Vietnam wurden 2005 laut einer Studie der EU 791 Entwicklungsmissionen empfangen – mehr als drei Delegationen pro Arbeitstag. Dass hier Kosten und Nutzen in einem Missverhältnis zueinander stehen, liegt auf der Hand; und dass in solchen Fällen eine Bündelung der Kräfte dringend notwendig ist, ebenfalls.

In den letzten Jahren hat die Zahl der Akteure, die sich mit eigenen Projekten und Programmen in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, stark zugenommen: Zusätzlich zu staatlichen bilateralen Entwicklungsagenturen, multilateralen Organisationen und NGOs mischt heute eine rasch wachsende Zahl privater Stiftungen sowie Public Private Partnerships auf dem Markt der Entwicklungshilfe mit. Dies führt zu einem breiten Leistungsangebot, vor allem aber zu Wildwuchs, Mehrspurigkeiten und einem enormen Aufwand, insbesondere für die Empfängerländer.

Der Ruf nach mehr Effizienz in der Entwicklungszusammenarbeit löste deshalb auf verschiedenen Ebenen Bestrebungen Richtung Konzen-

tration und Harmonisierung der weltweit geleisteten Hilfe aus. So haben sich beispielsweise Geber- und Empfängerländer sowie multilaterale Organisationen in der Pariser Deklaration von 2005 dazu verpflichtet, ihre Aktivitäten untereinander besser zu koordinieren und aufeinander abzustimmen.

Kritisches Mindestmass

Auch in der Schweiz zielt die Diskussion um eine verbesserte Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit in Richtung vermehrter Konzentration. Im letzten Jahr verabschiedete das Parlament zwei Vorstösse, welche die Beschränkung der staatlichen Entwicklungshilfe auf ausgewählte Kernthemen und wenige Schwerpunktländer fordern. Die Argumente leuchten ein: Um wirksam Hilfe leisten zu können, braucht es ein kritisches Mindestmass an Geld und Einfluss, und eine starke Verzettelung der Dienstleistungen beeinträchtigt deren Effizienz.

Dies sind denn auch die Gründe, weshalb in der klassischen Entwicklungszusammenarbeit bereits seit den 1980er Jahren Konzentrationsbewegungen zu beobachten sind: Viele kleine Projekte wurden aufgegeben oder in grösseren Programmen zu-



Martin Sasse/lat

Ob bei der Unterstützung von Tansanias Gesundheitssystem, bei humanitärer Hilfe wie hier in Myanmar oder der Reiserforschung in Vietnam (nächste Seite) – auch die Schweiz konzentriert ihre Zusammenarbeit in Zukunft auf weniger Länder und Regionen sowie gezielte Themenbereiche

sammengefasst, Entwicklungsakteure spezialisierten sich auf bestimmte Themenkreise. Parallel dazu erfolgte auch eine geografische Konzentration: So engagierte sich die DEZA beispielsweise 1993 in 24 Schwerpunktländern, 2006 waren es noch 14; das katholische Hilfswerk Fastenopfer hatte einst seine Projekte auf 61 Länder verteilt, heute unterhält es noch 16 Länderprogramme.

«Lieblinge und Waisenkinder»

Der bisher radikalste Vorschlag in Richtung Konzentration ist der im März 2007 von der EU vorgestellte «Code of Conduct». Damit sollen Mehrspurigkeiten reduziert werden, die entstehen, weil sowohl die EU als Organisation, wie auch die einzelnen Mitgliedstaaten in Entwicklungsländern aktiv sind. Der rechtlich unverbindliche Code of Conduct verlangt nun, dass pro Entwicklungsland nur noch zwei EU-Länder gleichzeitig engagiert sein dürfen, und dass sich jedes Geberland inhaltlich auf drei Sektoren beschränken muss.

Dies hat, nebst einer verbesserten Harmonisierung, den Vorteil, dass künftig der Graben zwischen «Lieblingen und Waisenkindern» der Entwicklungszusammenarbeit kleiner werden dürfte, weil nicht mehr alle Geber in den gleichen, allgemein bevorzugten «Lieblingsländern» investieren dürften. Die UNO lancierte unter dem Stichwort «One UN» ebenfalls ein Projekt zur Konzentration ihrer Kräfte: In acht Pilotländern sollen die Aktivitäten der verschiedenen UN-Organisationen besser gebündelt werden. So ist in Vietnam ein Haus im Entstehen, das ab 2010 die 16 vor Ort aktiven Orga-

nisationen der UNO unter einem Dach versammeln wird. In eine ähnliche Richtung zielen Ideen verschiedener Geberländer, sich in gemeinsamen Partnerländern gegenseitig zu vertreten – in Bhutan steht etwa ein von der Schweiz und Österreich gemeinsam betriebenes Koordinationsbüro zur Diskussion.



Jeremy Hartley/Panos/States

Thematische Konzentration

Die DEZA fokussiert inhaltlich vor allem auf sieben Themen, die eng mit den Millenniums-Entwicklungszielen verknüpft sind:

1. Einkommen und Beschäftigung
2. Landwirtschaft, ländliche Entwicklung
3. Bildung
4. Gesundheit
5. Wasser
6. Natürliche Ressourcen und Umwelt
7. Demokratieförderung

Weitere Themen, auf die sich die DEZA spezialisiert und die je nach Kontext und Bedarf ebenfalls als Schwerpunktthemen in die Arbeit miteinfließen können sind regionale Zusammenarbeit, Konfliktprävention und Migration.



Bruno Morand/hemis.fr/lat

Geografische Konzentration

Ab 2012 konzentriert sich die bilaterale Zusammenarbeit der DEZA auf folgende Schwerpunktländer und -regionen in Afrika, Asien und Lateinamerika: Benin, Burkina Faso, Mali, Niger, Tschad, Mosambik, Tansania, Bangladesch, Nepal, Mekong-Region, Bolivien, Zentralamerika. Pro Schwerpunktländer setzt sich die DEZA mit jährlich mindestens 20 Millionen Franken ein, was es der Schweiz ermöglicht, unter den bilateralen Geberländern eine gestaltende Rolle zu übernehmen. Zusätzlich wird im südlichen Afrika, in der Region der Grossen Seen, in Afghanistan, der Mongolei, Palästina und Kuba im Rahmen von Sonderprogrammen Hilfe geleistet. Das Engagement des Staatssekretariats für Wirtschaft SECO konzentriert sich auf folgende sieben Schwerpunktländer, die wirtschaftlich nicht (mehr) zu den allerärmsten gehören: Ägypten, Ghana, Südafrika, Indonesien, Vietnam, Kolumbien und Peru. Weitere Informationen zur Südbotschaft: www.deza.admin.ch/de/Dosiers/Sued_und_Zusatzbotschaft/Suedbotschaft_2009_2012

Konzentration birgt auch Risiken

Auch die DEZA strebt mit den jüngsten Strukturierungsmassnahmen, wie sie in der Südbotschaft für 2009–2012 vorgesehen sind, eine weitere Konzentration ihrer Mittel an: Ende 2012 werden noch 12 Schwerpunktländer übrig bleiben (siehe Randspalte); inhaltlich dürfen pro Schwerpunktländer nicht mehr als drei Millenniums-Entwicklungsziele in die Länderprogramme aufgenommen werden. Insgesamt soll sich die Arbeit der DEZA künftig auf zehn Themenkreise konzentrieren. Was dies für die Praxis bedeutet, wird sich weisen müssen.

Peter Niggli, Geschäftsleiter von Alliance Sud, fordert in seinem Buch «Der Streit um die Entwicklungshilfe» eine stärkere Fokussierung der Entwicklungshilfe auf die Bedürfnisse der Ärmsten: «Zwar steht die Schweiz in Sachen Armutsorientierung ihrer Entwicklungszusammenarbeit besser da als andere Geberländer. Trotzdem ist sie aufgefordert, ihre begrenzten Mittel stärker auf die Erreichung der Millenniumsziele zu konzentrieren.»

Angesichts der ständig komplexer werdenden Anforderungen an die Entwicklungszusammenarbeit, dürfe eine thematische Konzentration nicht zu einer Streichung von Inhalten führen, betont Bernhard Wenger, Programmbeauftragter Analyse und Politik bei der DEZA und Mitautor der Südbotschaft. Und warnt vor allzu viel Konzentrationseuphorie: «Wir sind kein Gemischtwarenladen mit einem klar definierten Sortiment, woraus die am wenigsten gefragten Artikel ohne Probleme gestrichen werden können. Die Stärke der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit ist, dass wir im Gespräch auf unsere Partner eingehen und mit ihnen gemeinsam Programme entwickeln, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Da braucht es thematische Offenheit und Flexibilität.»

Den in der schweizerischen politischen Diskussion aufgetretenen Extremforderungen nach einer geografischen Reduktion auf drei bis fünf Schwerpunktländer hält Bernhard Wenger entgegen: «Die Schweiz hat ein aussenpolitisches Interesse daran, in der Entwicklungszusammenarbeit auf verschiedenen Kontinenten mit einer kritischen Masse engagiert zu sein.»

Gefahr des Klumpenrisikos

In der vom Parlament verabschiedeten Südbotschaft wird die Gefahr eines Klumpenrisikos bei allzu starker Konzentration auf eine Handvoll Länder konkret benannt: «Eine zu geringe Anzahl Schwerpunktländer würde die gegenseitige Abhängigkeit erhöhen, die Autonomie beider Seiten einschränken und zu erhöhten Risiken bei politischen Krisen führen.» Konzentration, betont Bernhard Wenger, führe nicht automatisch zu besseren Resultaten und mehr Effizienz.

Der Entscheid, was mit Konzentration gemeint, bezweckt und erreicht wird, ist letztendlich ein politischer. Eine ausschliessliche Fokussierung auf die Schwerpunktländer und vorgegebenen Themen ist in der Schweizerischen Entwicklungszusammenarbeit nicht vorgesehen: Die DEZA wird auch künftig ausserhalb ihrer geografischen und thematischen Prioritäten Humanitäre Hilfe leisten wollen, fragile Länder nicht komplett sich selbst überlassen können und globale Probleme wie Ernährung, Wasser und Klima mit Programmen zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele auch in Nicht-Schwerpunktländern unterstützen. ■

Falsch verstandene industrielle Entwicklung

Ich habe mich stets beklagt, dass etwas falsch läuft mit unserer Entwicklungsstrategie in Südafrika. Der Fokus ist auf die Städte gerichtet, während die ländlichen Gebiete noch immer unter Armut und Vernachlässigung leiden. Das Resultat: Millionen von Menschen ziehen auf der Suche nach einem Auskommen aus ländlichen Gebieten in die Städte und vergrössern die an den Stadträndern wuchernden Slums. Zu spät entdecken sie, dass die Strassen von Johannesburg nicht mit Gold gepflastert sind und Arbeitslosigkeit an der Tagesordnung ist. Selbst in städtischen Gebieten sind die bedürftigsten Mitglieder unserer Gesellschaft nur in der Rhetorik der Politiker ein Thema. In der Praxis gibt es nur ganz wenige Berührungspunkte. Riesige finanzielle Mittel werden für die Versorgung der nationalen Eliten aufgewendet, damit diese ihren masslosen Geschmack auf Kosten der grossen Mehrheit der Arbeiter und der Arbeitslosen in den Ghettos befriedigen können. «Entwicklung» wird somit nur mit dem Bau von pompösen Konsumtempeln (Shopping Malls, Luxushotels usw.) gleichgesetzt, während die Produktionsstätten schrumpfen (z.B. weil die billigen chinesischen Produkte die einheimi-

schen Fabriken eingehen lassen). Ein krasses Beispiel dieser falsch verstandenen industriellen Entwicklung ist der Gautrain – eine Luxus-Schnellbahn, die die 80 Kilometer zwischen Johannesburg und Pretoria via OR Tambo International Airport abdeckt. Man erhofft sich dadurch eine Entlastung der verkehrsreichsten Autobahn Afrikas. Gross war die Aufregung im Februar dieses Jahres, als 150 geladene Gäste den Zug für die erste Fahrt bestiegen. Die in Derby, England, gefertigten Wagons sind weiträumig, komfortabel und bieten grosszügige Platz- und Sitzverhältnisse. Paul Mashatile, Premier der Provinz Gauteng, verkündete anschliessend freudestrahlend: «Jeder Fahrgast erlebte eine schnelle und angenehme Fahrt.» Obschon dieses Projekt bis heute die Unsumme von 35 Milliarden Rands verschlungen hat (circa 4,2 Milliarden Franken), schämen sich die Behörden nicht, klar zu deklarieren, dass der Zug nie als alternatives Massentransportmittel gedacht war. Die Tatsache, dass keine seiner Haltestellen und Bahnhöfe in den schwarzen Townships liegen, beweist, dass er für die Schönen und Reichen gedacht ist, die sich zwischen den beiden Städten bewegen.

Gauteng als Motor der südafrikanischen Industrie- und Finanzbranche aber braucht ein Massentransportmittel im Dienst der Ärmsten, die zum grossen Teil Einwohner dieser Region sind. Sie werden durch das veraltete und störungsanfällige Bahnsystem und die unzuverlässigen und gefährlichen Minibus-Taxis, nicht oder nur schlecht bedient. Die bislang in den Bau des Gautrains gesteckten 35 Milliarden Rands hätten viel effizienter in ein Transportsystem investiert werden können, das mehr Menschen zugute gekommen wäre, als bloss den kleinen Eliten, die heute davon profitieren. Es mutet pervers an, dass diese immensen nationalen Ressourcen zum Vorteil einer Pendler-Elite verwendet werden, die über andere Transportalternativen verfügt. Eine weitere Geschichte ist die Vergabe der Gautrain-Verträge und -Aufträge an politisch nahe stehende Firmen und Einzelpersonen in einer kapitalistischen Vetternwirtschaft, die Milliarden von Rand umsetzt. Wie wollte man es jemandem übel nehmen, der denkt, dass der Gautrain einzig zum Zweck konzipiert wurde, den Profiteuren des Black Economic Empowerment noch mehr Geld in die Taschen zu spülen und die politischen Seilschaften noch stärker abzusichern. Die politischen Führer berufen sich auf die in der Bauphase geschaffenen 93 000 Arbeitsstellen und auf die über 3000 neuen Arbeitsplätze bei Inbetriebnahme der Bahn. Doch die Arbeitsstellen beim Bau sind temporärer Natur. Und nur ein Narr wäre darüber begeistert, dass eine Investition von circa 4,2 Milliarden Franken lumpige 3000 Stellen hervorgebracht hat! ■

(Aus dem Englischen)



Zakes Mda (eigentlich Zanemvula Kizito Gatyeni Mda), geboren 1948, gehört zu Südafrikas bekanntesten Romanciers und Theaterautoren. Aufgewachsen in Soweto und in Lesotho, emigrierte er 1963 in die USA und studierte in Ohio. 1995 kehrte er nach Südafrika zurück. Neben dem Schreiben ist er auch als Dramaturg am Johannesburg Market Theatre und als Maler, Komponist und Filmemacher tätig, züchtet Bienen und leitet den Southern African Multimedia AIDS Trust in Sophiatown, Johannesburg. Seine Romane sind in zahlreichen Sprachen übersetzt. Auf Deutsch sind seine Romane «Der Walrufer» und «Die Madonna von Excelsior» beim Unionsverlag erschienen. Zakes Mda's Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet. Heute unterrichtet er an Universitäten in den USA und in Südafrika und lebt in Johannesburg und Ohio.





«Wer nichts ändern will, will auch keine Entwicklung»

Als fundamentaler Teil des Lebens muss Kultur in die Entwicklungspolitik integriert werden. Dies bedeutet aber nicht, dass schädliche traditionelle Praktiken akzeptiert oder Menschenrechtsverletzungen toleriert werden – ganz im Gegenteil. Wie dieser Prozess funktionieren soll, erklärt Siri Tellier, Direktorin des Genfer Büros des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), im Gespräch mit Maria Roselli.

«Eine Welt»: Frau Tellier, der Weltbevölkerungsbericht 2008 der UNFPA fordert vermehrt kultursensible Ansätze in der Entwicklungszusammenarbeit, weil diese für die Einhaltung der Menschenrechte und insbesondere für die Rechte der Frauen zentral sind. Was heisst das genau?

Siri Tellier: Kultur ist in der Entwicklungszusammenarbeit von zentraler Bedeutung, denn viele Verhaltensnormen sind kulturell geprägt. Das gilt für alle Länder. Will man in einem Land etwas ändern, so muss man von der lokalen Kultur ausgehen und die kulturellen Meinungsmacher wie religiöse Führer, Politiker, Lehrpersonen und an-

dere kulturelle Leader in einen Dialog einbinden. Das heisst man muss versuchen, eine Sprache zu sprechen, die ein kulturelles Echo hat. Wenn wir also einen kultursensiblen Ansatz anwenden, dann bedingt das, dass man die lokale Kultur kennen muss, bevor man sich überhaupt anmass, Probleme und Lösungsansätze anzusprechen.

Und was erreicht man damit?

Die Kultur wird zu einem Freund und nicht zu einem Feind. Ein Beispiel: Die reproduktive Gesundheit steht meist mehr als andere Aspekte der Gesundheit im Mittelpunkt einer Kultur. Sie spielt eine zentrale Rolle für das kulturelle Überleben einer Gesellschaft und prägt die Identität. Deshalb



Dirk Kruel/afp



Tobias Hauser/afp



Sven Torfinn/afp

nehmen sich in den meisten Ländern die kulturellen Leader dieses Themas an. Will man die Risiken der Müttersterblichkeit verringern, so muss man mit diesen Leadern den Dialog suchen. Man kann nicht einfach von oben herab sagen, wie sie sich verhalten müssen. Es gibt Völker, da ziehen sich die Frauen zum Gebären in die Wälder zurück, andernorts gebären die Frauen alleine in einem geschlossenen Raum. Es versteht sich von selbst, dass sie grosse Risiken eingehen. Wer das ändern will, muss die Kultur kennen und den Dialog suchen. Die Gesundheit der Frauen, insbesondere der Mütter, ist ein Thema, worüber man mit den meisten Menschen sprechen kann. Es ist wie Esperanto, alle Leute verstehen das.

Wie gehen Sie in einem solchen Fall konkret vor?

Bolivien beispielsweise verzeichnete noch vor wenigen Jahren eine sehr hohe Müttersterblichkeit, weil dort die Geburt als etwas Privates angesehen wird und die Frauen nicht ins Spital gehen. Die Müttersterblichkeitsrate war dort fünfmal höher als beispielsweise in Kuba. Überproportional davon betroffen waren die indigenen Frauen. Wenn die Gebärenden überhaupt betreut wurden, dann von einer traditionellen Geburtshelferin, die beispielsweise keinen Kaiserschnitt vornehmen konnte. Um dies zu ändern, haben wir gezielt mit den Leadern der Indigenen und dem bolivianischen Parlament zusammengearbeitet. Wir haben nicht den Missstand angeprangert, denn alle wollten diesen beheben, sondern gemeinsam nach dem Grund gesucht, um dann Lösungen vorzuschlagen. So hat sich die Regierung dazu

Kultursensible Ansätze in der Entwicklung sind ebenso bei der Behandlung schwangerer Frauen in Liberia, wie bei der Verhinderung von Genitalverstümmelungen in Afrika, bei rauchenden Jugendlichen in westlichen Ländern oder der Familienpolitik in Costa Rica gefragt

entschlossen, Hebammen auszubilden, die notfalls auch Medikamente verabreichen können. Seither wurden jährlich 3000 Hebammen ausgebildet, die zu den Gebärenden nach Hause gehen. Die Sterblichkeitsrate konnte damit deutlich gesenkt werden.

Wann ist eine Kultur hemmend für die Entwicklung?

Das kommt darauf an, was man unter Entwicklung versteht. Unser Ziel ist die Einhaltung der Menschenrechte. Verstösst ein kulturelles Verhalten gegen die Menschenrechte, so versuchen wir einzugreifen.

Stehen denn die Menschenrechte über der Kultur einer Gesellschaft?

Ja, sicher! Ich spreche hier für die UNO und diese steht stets für die Menschenrechte ein. Wichtig ist aber: In vielen Köpfen ist das Wort Kultur negativ behaftet und wird mit Süden und Unterentwicklung gleichgestellt. Doch in jedem Land gibt es eine Kultur! Und diese ändert sich, wenn auch nur langsam. Manchmal wird aber auch etwas für Kultur gehalten, was gar keine ist: Viele meinen, die Verstümmelung der weiblichen Genitalien gehöre zur Kultur eines Volkes. Aber dem ist

nicht so. Und das sagen nicht etwa nur wir, es gibt auch religiöse Führer, die sich davon distanzieren und klar deklarieren, dass diese Praktik auf keinen Fall von der Religion gewollt sei. Wichtig war bei dieser Arbeit, dass wissenschaftliche Studien belegen konnten, dass die Verstümmelungen die Geburtsfähigkeit der Frauen massiv beeinträchtigen. Mehrere islamische Religionsführer haben daraufhin öffentlich davor gewarnt und gesagt, Genitalverstümmelung habe nichts mit Religion zu tun.

Gibt es solche pseudokulturellen Fehlverhalten auch bei uns?

Aber sicher! Nehmen wir das Tabak-Problem, davon sind auch Mädchen betroffen. Diese meinen oft, sie müssten rauchen, um dazuzugehören. Obwohl wir wissen, dass rauchen tödlich ist, ist der Tabakkonsum zu einer Kultur geworden. Deshalb muss man nach Ausweichmöglichkeiten für die Mädchen suchen, nach anderen Praktiken, die dieses Gefühl des Zusammengehörens fördern.

Tolerieren es denn Entwicklungsländer, dass Entwicklungsorganisationen Änderungen im kulturellen Ver-



Thomas Linkel/af



Hans Kempel/af

Ob in Usbekistan, Vietnam oder in Industrieländern – Familienplanung und die Gleichbehandlung der Geschlechter ist in vielen Kulturen ein kontroverses Thema

halten der Bevölkerung erzielen möchten?

Jede Entwicklung ist per Definition eine Veränderung der Kultur. Wer nichts ändern will, will auch keine Entwicklung. Denn diese bedeutet nicht nur den Bau von Brücken und Elektrizitätswerken, sondern setzt auch eine Veränderung des Denkens und des menschlichen Verhaltens voraus. Wir drängen uns nie auf, sondern helfen, wenn es erwünscht ist. Als ich in den 1970er Jahren erstmals in Afghanistan war, wusste ich, dass ich gewisse Argumente wie beispielsweise Familienplanung nicht direkt ansprechen konnte. Ich hab's gar nicht erst versucht. Die Afghanen wollten, dass wir eine Volkszählung durchführen und das haben wir dann auch gemacht und so begann ein Dialog, der darin mündete, dass sich die Afghanen von selbst für das Thema der Müttersterblichkeit interessierten.

Wenn Kultur einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung eines Landes leistet, können wir dann daraus schliessen, dass die Industrienächte eine auf die Entwicklung besonders positiv wirkende Kultur haben?

Quatsch, es gibt auch in Industrieländern durchaus negative Entwicklungen. Viele Entwick-

lungsländer finden beispielsweise unser Verhalten gegenüber älteren Menschen abscheulich. Sie werfen uns vor, dass unsere Familienstrukturen nicht mehr greifen. Darauf erwidere ich, dass dies nicht zwingend mit der westlichen Kultur zu tun hat, sondern auf die Urbanisierung zurückzuführen ist. Dazu kommt, dass auch die Industrienächte nicht fertig entwickelt sind. Wir stehen mitten in einer Finanzkrise und müssen schauen, wie es weitergeht.

Sie wohnen seit drei Jahren in Genf. Gibt es typisch schweizerische Gepflogenheiten, die Sie gerne ändern würden?

Genf ist sehr schön und es lebt sich gut hier. Die Menschen sind offen und freundlich. Ich denke aber, dass viele Ausländer in der Schweiz darüber staunen, dass die Frauen hier so spät das Stimmrecht erhalten haben. Und ich bin überzeugt, man könnte durchaus noch etwas tun, um die Situation der Frauen zu verbessern, insbesondere bezüglich Vereinbarkeit von Familie und Beruf. ■



Siri Tellier ist 1946 in Dänemark geboren. Sie hat 1970 an der Universität Harvard ein Masterstudium in *Public Health* abgeschlossen. Die zweifache Mutter steht seit 1972 im Dienst des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen UNFPA. Seit 2006 leitet Siri Tellier das Büro des UNFPA in Genf.

Der Bevölkerungsfonds

Der UNFPA ist eine internationale Entwicklungsorganisation der Vereinten Nationen, die in 150 Ländern tätig ist und das Recht jeder Frau, jedes Mannes und jedes Kindes auf ein Leben in Gesundheit und mit gleichen Chancen fördert und aktiv für die Millenniums-Entwicklungsziele eintritt. Der Fonds erleichtert Entwicklungsländern den Zugang zu verbesserter Gesundheitsversorgung im Bereich Reproduktionsmedizin, insbesondere bei Familienplanung, sicherer Mutterschaft und Prävention von sexuell übertragenen Infektionen, u. a. HIV/Aids. Der Fonds fördert auch die Rechte der Frauen und publiziert jährlich den Weltbevölkerungsbericht.

Tief verwurzelte Ungleichheit der Geschlechter

Für seine Programme zur Stärkung der Frauen verbindet der UNFPA Menschenrechte, die Gleichbehandlung der Geschlechter und kulturelle Sensibilität. Er setzt auf kulturelle Veränderungen, die von innen heraus motiviert sind und sowohl die nationale Souveränität wie die kulturelle Integrität respektieren. Die Ungleichheit der Geschlechter ist in vielen Kulturen verbreitet und tief verwurzelt: Drei Fünftel der ärmsten Milliarde der Weltbevölkerung sind Frauen. Kulturelle Macht wirkt durch Zwang. Dieser kann offen zutage treten in den staatlichen Strukturen und Gesetzen sowie verwurzelt in den Selbstbildern der Menschen. Machtbeziehungen verbergen sich hinter Praktiken wie Kinderheirat – eine der wichtigsten Ursachen für Scheidenfisteln und Müttersterblichkeit – und der weiblichen Genitalverstümmelung. Diese und andere gesundheitsschädlichen Praktiken werden trotz Verboten in vielen Ländern weiterhin ausgeübt. Fortschritte bei der Gleichbehandlung der Geschlechter gehen stets mit kulturellen Auseinandersetzungen einher.



Versteinerte Blicke aus der Vitrine

(jls) Das Musée d'ethnographie de Genève (MEG) gibt seinen Besuchern eine Einführung in die «Verzauberungstechniken» afrikanischer Skulpturen und Masken. Während über einem Jahr zeigt es 120 aussergewöhnliche Exponate vom Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Als sie geschaffen wurden, hatten die Gegenstände die Funktion, bei Initiations- und anderen religiösen, therapeutischen oder Hexenbeschwörungsriten auf die Welt und ihre Bewohner einzuwirken. Sie erschienen im Rahmen einer komplexen und eindrucksvollen Dramaturgie. Die Ausstellung will dem Publikum die Faszination näher bringen, die von diesen Werken im ursprünglichen Zusammenhang, aber auch heute noch ausgeht. Der Titel «Medusa in Afrika» verweist auf die griechische Mythologie. Wie bei der Gorgone Medusa – deren Haupt jeden versteinerte, der es anschaute, und auch als Perseus es schon abgehackt hatte – haben auch die aus dem ursprünglichen Zusammenhang gerissenen Masken und Statuen ihre Zauberkraft behalten.

«Medusa en Afrique – La sculpture de l'enchantement», Ausstellung im MEG bis am 30. Dezember

Nachdiplome

Das Nadel (Nachdiplomstudium für Entwicklungsländer) der

Aus- und Weiterbildung

ETH Zürich bietet im Herbstsemester 2009 folgende Weiterbildungskurse an:

Mikro- und Makroperspektiven in der Armutsbekämpfung (22.9.–25.9.)

Planung/Monitoring II: Ergebnisorientierte Planung und Steuerung auf der Ebene Sektor- und Landesprogramm (28.9.–2.10.)

Wirkungsorientierte Evaluation von Projekten und Programmen (5.10.–9.10.)

Aktuelle strategische Fragen der Entwicklungszusammenarbeit (21.10.–23.10.)

OE II: Organisationsentwicklung mit Partnerorganisationen kompetent gestalten (7.9.–28.9. und 2.11.–5.11.)

Ländliche Entwicklung:

Herausforderungen, Strategien und Ansätze (10.11.–13.11.)

Planung I: Einführung in die Planung von Projekten und Programmen (1.12.–4.12.)

Monitoring I: Projekt- und Programmsteuerung in der EZA (15.12.–18.12.)

Auskunft und Anmeldeunterlagen: ETH Zürich, Nadel-Sekretariat, Voltastrasse 24, 8092 Zürich, Tel. 044 632 42 40; www.nadel.ethz.ch; Mail: info@nadel.ethz.ch

Das Geschäft mit Bodenschätzen

Anlässe

Die Ausbeutung von Bodenschätzen hat in Entwicklungsländern oft negative Konsequenzen. Mehr Transparenz in den Zahlungsströmen zwischen Öl- und Bergbauunternehmen und den Regierungen rohstoffreicher Länder kann Abhilfe schaffen. Dieser Ansatz – und was die Schweiz und Schweizer Unternehmen zur Förderung von Transparenz beitragen können – ist Thema des Swissaid-Symposiums in Zürich vom 9. Juni. Als Referenten werden u.a. Festus Mogae (Ex-Präsident Botswanas), EITI-Direktor Peter



Eigen sowie Weltbank-Vizepräsidentin Obiageli Ezekwesili anwesend sein.

«Das Geschäft mit Bodenschätzen: Transparenz gewinnt», Swissaid-Symposium, Zürich, 9. Juni.

Anmeldung und weitere Informationen: www.swissaid.ch/veranstaltungen.

Schräge Exotik

Musik

(er) Sie schwirren, tremolieren, leiern: Die prägnanten Klangfarben einer Farfisa-Orgel, eines Hohner Electrovox-Akkordeons oder Moog-Synthesizers, so wie sie den Sound der 1970er Jahre prägten. Dazu gesellen sich leicht-helle Surf-Gitarren-Akkorde, nachklingend dank Wah-Wah-Effekt. Und locker federnde Cumbia-Rhythmen des Bases und der Perkussion lassen die Chicha aufleben, die vor gut 40 Jahren entstandene peruanische Musikform. Dazu tragen heiterer Chorgesang und eine herb-warme Leadstimme bei. So frönt die Gruppe «Chicha Libre» aus Brooklyn dem Sound, mit dem sich ihr Bandleader anlässlich eines Peru-Trips infizierte. Weil ihr gefühlsvolles Revival nicht nur alte Chicha-Klassiker aufgreift,



service

sondern den 69er- Synthie-Hit «Popcorn», Joe Dassin's 75er-Erfolg «L'Été Indien» sowie Satie- und Ravel-Kompositionen im Stil von Anden-Melodien eloquent harmonisiert, klingt's trotz witzig-schräger Exotik vertraut und erinnert an Manu Chao.

Chicha Libre: «Sonido Amazonico» (Barbès - Crammed/Musikvertrieb)

Berührende Wortkunst

(er) Zuerst galt seine Leidenschaft dem Rap. Dann nahm er an Poetry Slams teil. Der französischsprachige Régis Fayette-Mikano alias Abd al Malik trägt scharfsinnige und berührende Spoken Word Poems vor. Dabei ist sein politischer Unmut spürbar, geprägt durch die Jugendzeit in der



Banlieue von Strassburg, wo er nach ersten Lebensjahren im Kongo aufwuchs, später den Sufismus entdeckte und zum Islam konvertierte. Seine poetischen und ethisch tiefgründigen Stadterzählungen legt der 34-jährige auf ausladend orchestrierte, Musikstile vereinende Arrangements. Zu diesem wunderbar ausdrucksstarken Zusammenspiel tragen seine Ehefrau Wallen, R'n'B-Queen mit marokkanischer Abstammung, oder Juliette Gréco, Grande Dame de la Chanson, bei. Sein bisheriges Schaffen wurde mit Preisen zuhauf und 2008 mit der Ernennung zum «Chevalier des Arts et des Lettres» gewürdigt.
Abd al Malik: «Dante» (Polydor/Universal)



Beherztes Manifest

(er) Ihr mystisch kreisender Klang soll laut südafrikanischer Shona-Tradition den Kontakt zu den Seelen der Ahnen herstellen. Sie durfte lange nur von Männerdaumen gespielt werden: die uralte Mbira. Mittlerweile spielen das «Daumenklavier» auch einige wenige Frauen wie Chiwoniso Maraire, die in den USA und in Zimbabwe aufwuchs. Ihr drittes Album ist ein klangvoll lyrisches und zugleich aufrüttelnd beherztes Manifest. Die Musik schält sich aus Afro-Roots-Klängen heraus, vereint sich erneut mit ihnen und erweitert sie mit Anklängen von urbanen US-Sounds zu frisch swingenden Shona-Resonanzen. Diese schmeicheln sich mal eher follikig, dann wieder grooving in die Gehörgänge. Doch die sanft fröhlichen Melodien vermitteln auch Rebellisches: Mutig und engagiert singt die 33-jährige Chiwoniso mit voller und ausdrucksstarker Stimme gegen die Misere in Zimbabwe an.
Chiwoniso: «Rebel Woman» (Cumbancha/Disques Office)

Entlang dem Syrdarja

(jtm) Wasser ist in Zentralasien eine knappe Ressource und mögliche Ursache von Konflikten. Nachhaltiges Wassermanagement ist deshalb von grosser Bedeutung. Die Schweiz engagiert sich seit mehreren Jahren im Wassersektor in Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Sie fördert den Zugang zu Trinkwasser, verbessert die Effizienz des Bewässerungs-

systems und erneuert die Infrastruktur von Wasserkraftwerken zur Stromerzeugung. Max Schmid, ehemaliger DRS Moskau-Korrespondent, ist dem Fluss Syrdarja, einer der grossen Wasseradern Zentralasiens, gefolgt und gibt in einem 25minütigen Film Einblick in Schweizer Kooperationsprojekte im Wasserprogramm.

Kernanliegen dieser Projekte ist eine transparente und effiziente Regelung der Wasserverwendung, welche die Wassernutzer und deren Bedürfnisse einschliesst. Erfolgreiche Methoden des Schweizer Wasserprogramms sind von den Regierungen, der Weltbank und anderen internationalen Gebern adoptiert worden.

Die DVD «Entlang dem Syrdarja» in Deutsch, Englisch und Russisch kann gratis bei der DEZA bezogen werden: info@deza.admin.ch

Frausein auf den Kapverden

Eine Frau, die singt, muss sterben – so will es eine Familienlegende auf den Kapverden. Bevor Vita zum Studium ins Ausland aufbricht, verspricht sie ihrer Mutter, der Tradition zu gehorchen. Als sie dem Musiker Pierre in Paris begegnet und er von ihrer Stimme begeistert ist, bricht Vita ihr Versprechen. Da sie befürchtet, dass ihre Mutter davon erfahren wird, beschliesst sie, nach Hause zurückzukehren. «Was tun, wenn jemand dich am Vorwärtskommen hindert?», fragt Regisseur Flora Gomes aus Guinea-Bissau. Er hatte die Herzen des Publikums bereits mit dem Film «Die blauen



Augen der Yonta» erobert. «Versuch's trotzdem!» – die Worte des Schlussliedes in «Nha Fala» geben eine Antwort. Sie sind kennzeichnend für das Denken von Flora Gomes, dessen Filmschaffen in engem Bezug zur Geschichte seines Landes steht. Sein Film ist auch das Porträt einer afrikanischen Jugend, die in der Begegnung mit dem anderen das neue eigene sucht und für ihre Selbstbestimmung einsteht.
Die DVDs «Nha Fala» und «Die blauen Augen der Yonta» sind erschienen in der Edition Trigon-film. Bestellungen und Information: 056 430 12 30 oder www.trigon-film.org

Menschenhandel

(bf) Noch nie gab es mehr Sklaven als heute, nämlich rund 27 Millionen Menschen. In Indien oder im Sudan, auf Haiti, im Nahen Osten oder mitten in Europa – Sklaverei ist ein globales Phänomen. Und es ist mit der globalisierten Welt aktueller denn je. Obwohl offiziell abgeschafft, begegnete der US-Journalist Benjamin Skinner überall auf der Welt einem blühenden Menschenhandel. Er recherchierte für sein Buch fünf Jahre lang rund um den Globus in über einem Dutzend Ländern, infiltrierte Schleusernetzwerke, traf sich mit Kinderhändlern. Herausgekommen ist ein ebenso mutiger wie erschütternder Bericht, in dem Skinner das Schicksal von einzelnen Opfern beschreibt, diese zu Wort kommen lässt und anhand derer er die globalen Verstrickungen im Menschenhandel aufdeckt. Sein Buch ist nicht nur eine leidenschaftliche Anklage der Sklaverei und eine spannende Reportage. Vielmehr zeigt er zugleich auf, wie in absehbarer Zeit das Problem gelöst werden könnte – wenn denn die Politiker wirklich wollen.

Bücher und Broschüren

Filme/DVDs



«Menschenhandel. Sklaverei im 21. Jahrhundert» von Benjamin Skinner, Verlag Luebbe, Bergisch Gladbach 2008

Nicaragua 1984-2007

(mr) Im Frühling 1984 reiste die Zürcher Fotografin Olivia Heussler nach Nicaragua. Sie wollte miterleben, wie die verschiedenen politischen Gruppierungen die sandinistische Revolution von 1979 zum Gelingen brachten. Während des Contra-Krieges lebte und arbeitete sie in Managua. Einige ihrer Bilder wurden zu Ikonen der internationalen Presseberichterstattung. In fast 25 Jahren hat Olivia Heussler ein eindrückliches Gesamtbild von Nicaragua geschaffen, das in dieser Publi-



kation anlässlich des 30. Jahrestages der Revolution erstmals vollständig präsentiert wird. Der Versuch, mittels Fotografie über die Kriegsgründe und die Nachkriegssituation in Nicaragua engagiert und ungeschönt zu berichten, spiegelt sich auch in ihrem tagebuchähnlichen Text. Martin Heller und Sergio Ramirez, ehemaliger Vizepräsident von Nicaragua, haben exklusiv zwei erhellende Texte zu Olivia Heusslers Fotoarbeit geschrieben.

«Der Traum von Solentiname» von Olivia Heussler, Verlag Patrick Frey, deutsch/englisch mit einem spanischen Textbooklet;

Der Traum von Solentiname, Ausstellung im Kunstraum Winterthur, 5.-27. Juni

Menschenrechte in den Schulen

2009 wird die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 60 Jahre alt, die Kinderrechtskonvention feiert den 20. Jahrestag und weltweit wird Menschenrechtslernen mit dem «UN-Jahr des Menschenrechtslernens» zum Thema gemacht. In der Schweiz kann die Stiftung Bildung und Entwicklung (SBE) Projekte von Gymnasien und Berufsschulen finanziell unterstützen, welche sich mit den Menschenrechten auseinandersetzen: Die Politische Abteilung IV (EDA), die Fachstelle für Rassismusbekämpfung (EDI), die Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen (EKM) und

das Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (EBGB) ermöglichen diese auf zwei Jahre beschränkte Aktion. Unterstützt werden Schulprojekte, welche das Menschenrechtslernen fördern, zum Beispiel im Rahmen von Projektwochen, mit Einladung von Expertinnen und Experten oder durch Besuche bei Institutionen, die sich für die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen.

Gesuche um Finanzhilfe werden per 15. März und 15. September entgegen genommen. Weitere Informationen: www.globaleducation.ch (Finanzhilfen)

Jugendliche Akteure und Partnerinnen

(bf) Die Aktion Youth for development steht für Projekte und Initiativen von und für Jugendliche im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Ob in Ländern des Südens, des Ostens oder hier, die Aktion setzt sich für eine Entwicklung ein, bei der Jugendliche nicht nur Empfänger von Hilfe, sondern eigenständige Akteure und Partnerinnen sind. Die SAJV als Dachorganisation der Schweizer Jugendorganisationen kennt die Bedürfnisse und Anliegen



der Jugend aus langjähriger Erfahrung und führt, mit Unterstützung der DEZA, verschieden «Projekte und Unterstützungsmassnahmen durch, welche zur Entfaltung der Potenziale der Jugendlichen in der Schweiz und den Zielländern, der Verbesserung ihrer Lebensumstände und der Möglichkeit zur Mitsprache beitragen».

www.youthfordevelopment.ch

EDA-Spezialisten kommen zu Ihnen

Möchten Sie sich aus erster Hand über die schweizerische Aussenpolitik informieren? Referentinnen und Referenten des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA) stehen Schulklassen, Verbänden und Institutionen für Vorträge und Diskussionen zu zahlreichen aussenpolitischen Themen zur Verfügung. Der Vortragsdienst ist kostenlos, kann seine Dienstleistungen jedoch nur innerhalb der Schweiz anbieten, und es sollten mindestens 30 Personen an der Veranstaltung teilnehmen.

Weitere Informationen:

Vortragsservice EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern;

Tel. 031 322 31 53

oder 031 322 35 80;

Fax 031 324 90 47/48;

E-Mail: info@eda.admin.ch

Unterricht/Schulen

Verschiedenes

Impressum

«Eine Welt» erscheint viermal jährlich in deutscher, französischer und italienischer Sprache.

Herausgeberin

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Redaktionskomitee

Martin Dahinden (verantwortlich)
Catherine Vuffray (Gesamtkoordination)
Marie-Noëlle Bossel, Beat Felber, Thomas Jenatsch, Debora Komso, Roland Leffler, Sabina Mächler

Redaktion

Beat Felber (bf – Produktion)
Gabriela Neuhaus (gn) Maria Roselli (mr)
Jane-Lise Schneeberger (jls)
Ernst Rieben (er)

Gestaltung Laurent Cocchi, Lausanne

Lithografie und Druck Vogt-Schild Druck AG, Derendingen

Wiedergabe

Der Nachdruck von Artikeln ist, nach Bewilligung durch die Redaktion, unter Quellenangabe gestattet. Belegexemplare erwünscht.

Abonnemente

«Eine Welt» ist gratis (nur in der Schweiz) erhältlich bei: EDA, Informationsdienst, Bundeshaus West, 3003 Bern
E-Mail: info@deza.admin.ch
Tel. 031 322 44 12
Fax 031 324 90 47
Internet: www.deza.admin.ch

860215346

Der Umwelt zuliebe gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Gesamtauflage 53000

Umschlag Cotonou, Benin;
Paul Hahn/laif

ISSN 1661-1667

In der nächsten Nummer:

Klimawandel und Armutsbekämpfung – Die Herausforderung des veränderten Klimas stellt in erster Linie ein Entwicklungsproblem dar, von dem die Entwicklungsländer ungleich stärker betroffen sind als die reichen Länder. Für die Entwicklungszusammenarbeit wird deshalb das Engagement in den Klimaschutz und den Umgang mit Klimawandel zunehmend wichtiger.



The Herd Tribune/Redux/af